

impuls 03

Internationale und regionale Nachrichten
zum Thema Elektromagnetische Strahlung

Ausgabe Februar 2011

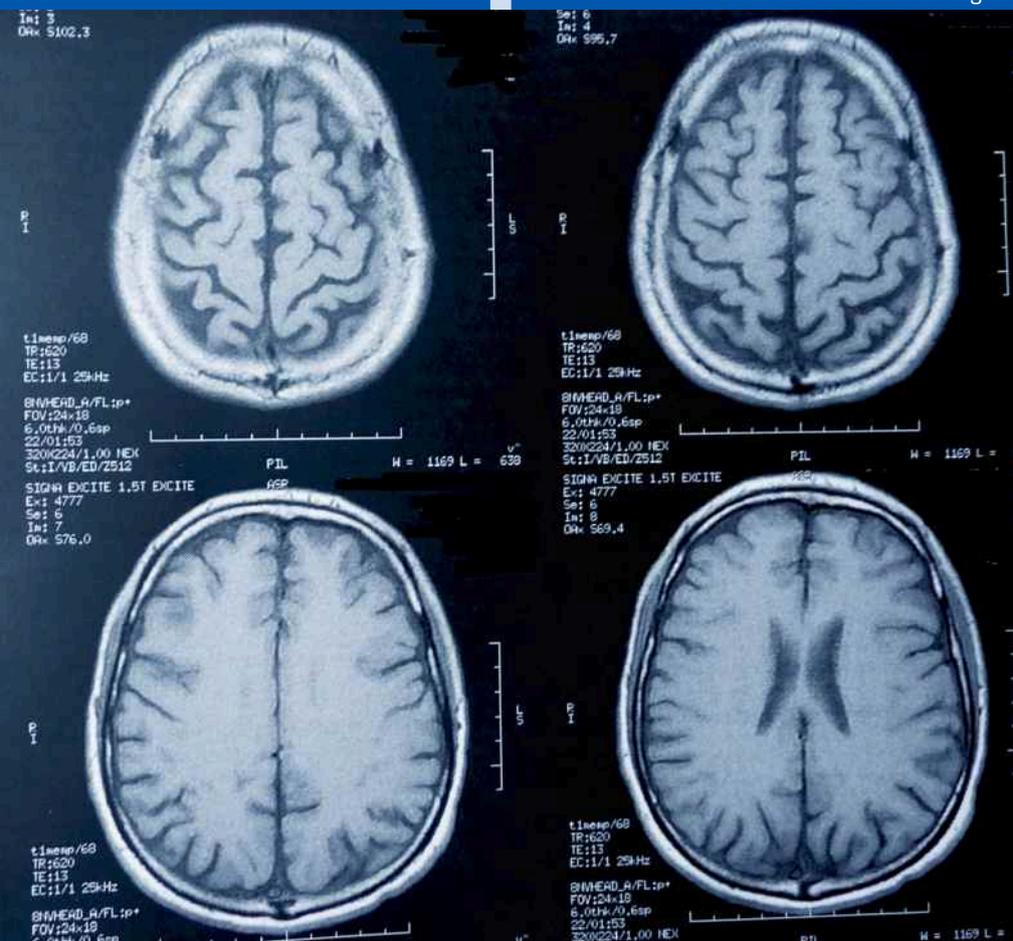


Foto: Dieter Schütz, pixelio.de

Erneuter Zusammenhang von Handys und Tumoren

Erneut werden Handys mit Tumoren in Zusammenhang gebracht

Quelle: Louis Slesin, Microwavenews, 01.12.2010,

www.microwavenews.com

Deutsche Übersetzung: Diagnose-Funk

Veröffentlicht mit freundlicher Genehmigung durch Louis Slesin

Der Zusammenhang von Mobilfunknutzung mit Gehörnervtumoren (Akustikusneurinomen) wird immer deutlicher. Forscher in Tokyo haben nun ebenfalls berichtet, dass sie bei langjährigen Handy-Nutzern häufiger Tumore des Hör- und Gleichgewichtsnervs gefunden haben. Sie sind die dritte Gruppe, die diesen Zusammenhang nachweisen.

Diejenigen, die Handys für mehr als 20 Minuten pro Tag für mindestens fünf Jahre verwendeten, hatten dreimal häufiger Akustikusneurinome als erwartet. Das japanische Team sah zudem einen deutlichen Hinweis für eine Dosis-Reaktions-Beziehung: Je länger die Studienteilnehmer Handys verwendeten – sowohl hinsichtlich der Dauer der täglichen Anrufe in Minuten, als auch der Anzahl an Jahren der Handynutzung – desto größer war ihr Risiko, an einem Gehörnervtumor zu erkranken.

Wenn man den neuen, in Bioelectromagnetics veröffentlichten Bericht liest, bekommt man den Eindruck, dass der leitende Forscher Naohito Yamaguchi es bevorzugt hätte, wenn es keinen Zusammenhang gegeben hätte. So berichteten er und die japanische Interphone-Forschungsgruppe in einer getrennten Studie noch vor vier Jahren. Dieses Mal räumen er und seine Mitarbeiter an der Tokyo Women's Medical University ein, dass es sich um ein tatsächliches Risiko handeln könnte. "Wir konnten keine überzeugenden Indizien für einen verzerrenden Einflussfaktor finden, welcher die beobachtete Zunahme der Tumore vollständig hätte erklären können," schrieben sie.

Eigenartig ist, dass Yamaguchi keinen der beiden anderen Berichte erwähnt, welche einen Zusammenhang zwischen Handynutzung und Akustikusneurinomen aufzeigen. Er ignoriert damit die Arbeit der Hardell-Gruppe und die zusammengestellte Analyse von fünf nordeuropäischen Ländern, welche zu den 13 Teilnehmerländern des Interphone-Projekts gehören.

Englische Zusammenfassung der Studie auf PubMed:

<http://www.ncbi.nlm.nih.gov/pubmed/21031411>

Aufdecken, was die Industrie verschweigt

2011: Neue und aktuelle Informations-Schriften bei Diagnose Funk

Der Mobilfunkboom setzt sich ungebrochen fort. Ein Löwenanteil des Umsatzes wird mit Kindern und Jugendlichen gemacht. Sorglos wird stundenlang mit Handys und DECT-Telefonen telefoniert, über WLAN im Internet gespielt. Die Nutzer wissen meist nichts über das Gefahrenpotential dieser Technologie. Mit geschickten Werbemethoden, Beeinflussung von Ärzten, Behörden und Schulen täuscht die Industrie über Gesundheitsrisiken hinweg. Der Staat verweigert sich bis jetzt einer Vorsorgepolitik, obwohl ständig neue unabhängige Studien erscheinen, die eine Gesundheitschädlichkeit beweisen. Deshalb hat Diagnose-Funk die Initiative zu einer Aufklärungsaktion ergriffen.

Eindeutige Sachlage

Die Studienlage ist eindeutig: Handystrahlung schädigt die Spermien. Von 18 im offiziellen EMF-Portal gelisteten Studien weisen 15 auf dieses Risiko hin. Auch zur Gefährdung von Schwangeren und Föten wurde eine neue Studie veröffentlicht (siehe Berichte in diesem Heft). Professor Margaritis, Universität Athen, beantwortet in einer neuen Überblicksstudie mit dem Titel „Werden kognitive Funktionen durch Mobilfunk-Bestrahlung beeinflusst?“ diese Frage mit einem eindeutigen Ja. Doch diese alarmierenden wissenschaftlichen Erkenntnisse werden der Bevölkerung vorenthalten. Die Werbekampagnen für den Handy- und WLAN-Gebrauch gehen unvermindert weiter. Die Schädigung von Jugendlichen, Kindern wird für den Profit ohne jegliche Warnung billi-

gend in Kauf genommen. Junge Paare werden über die großen Risiken der Mobilfunktechnologie für die Zeugung von Kindern im Unklaren gelassen.

Diagnose-Funk ruft dazu auf, im Jahr 2011 verstärkt über diese Gefahren aufzuklären. Dazu stellen wir neues Informationsmaterial bereit.

Faszination mit Nebenwirkung: Handy, WLAN und andere Mobilfunkanwendungen

Ein Faltblatt, das die Problematik auf einfache Art zugänglich macht.

Aufklärung und Vorsorge sind überfällig: Mobilfunkstrahlung schädigt die Fruchtbarkeit von Frauen und Männern

Infoblatt aus der Diagnose Funk-Reihe „Auf einen Blick“

Weshalb Grenzwerte nicht schützen. Wissenschaft bestätigt Mobilfunkschäden

Eine Studienliste mit 108 Studienergebnissen zum Download und bestellen.

Mobilfunkstrahlung, Spermenschädigung, Embryotoxizität. Aufklärung und Vorsorge sind überfällig

Studienüberblick, 16 Seiten

Ratgeber Elektrosmog 3: Dr. Klaus Scheler: Vorsicht WLAN!

Eine neue Homepage: www.mobilfunk-diskussion.de

Dort stehen auch alle Materialien zum Download.



Diagnose-Funk fordert:

Schutz der Wohnung vor Bestrahlung!

Fährt man durch eine Großstadt, so entdeckt man heute alle 300 Meter einen Mobilfunkmasten, hunderte Masten bestrahlen oft direkt die Gebäude. Ein Antennenwildwuchs entstand, wir werden 4-fach bestrahlt. Jeder Betreiber will mit seinem Masten der erste vor Ort sein, der beste Empfang zieht Kunden. Die Durchschnittsbelastung wird, so schätzen wir, in den oberen Stockwerken inzwischen bei nahezu 10 000 µWatt/m² sein. Keiner kontrolliert bis heute diese Belas-

tung und ihre Auswirkungen. Hunderte Bürgerinitiativen haben gegen die Aufstellung der Masten protestiert, mit aller Härte haben sich die Mobilfunkbetreiber meist durchgesetzt. Was tun, solange diese Technologie noch angewandt wird? Wir können jetzt die Bevölkerung nicht schutzlos dieser weiteren Verstrahlung überlassen und warten, bis endlich eine neue Technologie, die nicht gesundheitschädlich ist, auf den Markt kommt. Trotz der Tatsache, dass die Mobilfunkbetreiber

sich durchgesetzt haben, kann der Kampf weitergehen.

Wir fordern den Schutz der Wohnung vor Strahlung, die Unverletzlichkeit der Wohnung und das Recht auf körperliche Unversehrbarkeit. Keine Wohnung darf im Innern mit mehr als 1 µWatt/m² belastet sein! Dieser Richtwert des BUND muss Grundlage einer kommunalen Netzplanung sein.

Ratgeber Elektromog Nummer 3 erschienen

Vorsicht WLAN! Sollen Schulen, öffentliche und private Einrichtungen WLAN-Netze einrichten oder Alternativen bevorzugen? Verfasser: Dr. Klaus Scheler

Ohne Kabelsalat surfen und mailen - das ist im Trend. Bibliotheken, Gaststätten, Bundesbahn - sie alle werben mit Hot Spots. Schulen, Universitäten und Behörden stehen vor der Entscheidung: Sollen sie WLAN-Netze einrichten oder kabelgebundene Alternativen bevorzugen? Gibt die verwendete Mikrowellentechnologie Anlass zur Sorge wegen möglicher Gesundheitsrisiken? Dr. Klaus Scheler, Physikozyent an der PH Heidelberg, hat sich mit dieser Problematik eingehend befasst. Der vorliegende Ratgeber informiert den Leser von einem industriunabhängigen Standpunkt aus über den Stand der Forschung.

Dr. Scheler kommt zum Schluss: Durch WLAN-Netze werden Schülern erhebliche gesundheitliche Risiken zugemutet, die oft schon nach kurzer Zeit ihre Konzentrations- und Leistungsfähigkeit deutlich herabsetzen. Das kann erhebliche Auswirkungen auf ihre Noten, ihre Berufswahl und letztlich ihre weitere Laufbahn haben. Bei dauerhafter Bestrahlung kann im Laufe der Zeit die Gesundheit der Schüler nachhaltig beeinträchtigt werden. Schulen sollten daher im Sinne eines vorsorgenden Gesundheitsschutzes bei der Einrichtung von Internet - Zugängen unbedingt auf WLAN-Netze verzichten und ka-



belgebundene Lösungen nutzen. Was auch die deutsche Bundesregierung empfiehlt.

Was Dr. Scheler in diesem Ratgeber für die Schulen empfiehlt, ist auf alle weiteren Einsatzgebiete von WLAN übertragbar. Die allgegenwärtige Elektromogbelastung in der eigenen Wohnung, am Arbeitsplatz, in öffentlichen Einrichtungen durch WLAN ist gesundheitsschädlich. Den Nutzern fehlt in den allermeisten Fällen die Kennt-



Dr. Klaus Scheler, Physikozyent an der PH Heidelberg, hat sich mit der Problematik WLAN eingehend befasst

nis, wodurch ein sorgloser Umgang mit einer gefährlichen Technologie entsteht. Unser Ratgeber „Vorsicht WLAN!“ soll diese Kenntnislücke schließen.

Der Ratgeber hat 20 Seiten und kostet 1,50 Euro, ab einer Bestellung von 10 Exemplaren 1,00 Euro. Er kann bestellt werden über bestellung@diagnose-funk.de

Wenn der Schulbesuch krank macht

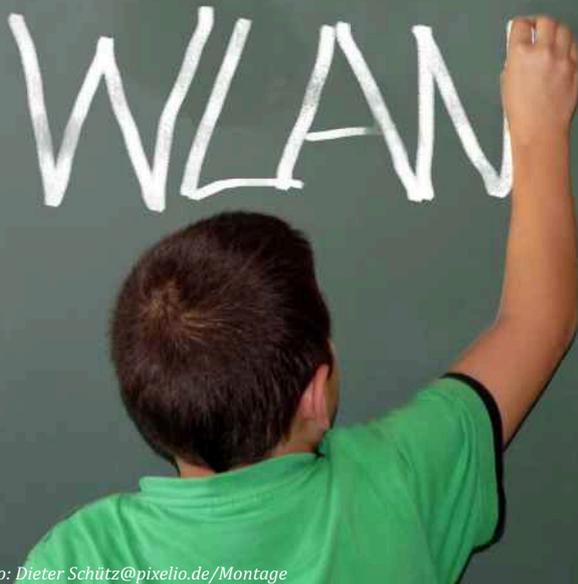


Foto: Dieter Schütz@pixelio.de/Montage

Die Kleine Zeitung in Österreich berichtet über Messungen

Die österreichische Kleine Zeitung berichtete am 1.12.2010 über Messungen, unter anderem in Klagenfurt, die ergeben haben, dass Kinder in Schulklassen einer sehr hohen Strahlenbelastung ausgesetzt sind.

Schulen stehen oft im Umfeld öffentlicher Gebäude, auf denen in vielen Fällen Sendemasten der Mobilfunkbetreiber installiert sind. Dazu kommen die Handys der Schüler, WLAN-Anlagen, Kopierer, Beamer und Computer, die im Schulhaus Elektromog verbreiten. Eine Informationskampagne der Schulbehörde soll demnächst die Eltern über diese Gefahr informieren.

<http://www.diagnose-funk.de/politik/politik-a/handystrahlung-wenn-der-schulbesuch-krank-macht.php>

Elektrosmog im Haus mit neuer Übertragungstechnik vermeiden

Forschungen der Universität Kassel lassen hoffen

Jahrelang und bis heute verkauft die Industrie DECT-Telefone, die ständig strahlen. Die Kritik vieler Bürgerinitiativen, aber auch des Bundesamtes für Strahlenschutz, führte dazu, dass nun neue Telefone auf dem Markt sind, die „nur“ noch strahlen, wenn man telefoniert. Aber: WLAN-Verbindungen im Haushalt oder Arbeitsplatz sind eine zweite Hauptquelle der Belastung.

Das BfS warnt vor zu viel Funk

Das Bundesamt für Strahlenschutz warnt schon lange: „Bevorzugen Sie herkömmliche Kabelverbindungen, wenn auf den Einsatz von Bluetooth- oder WLAN-Lösungen verzichtet werden kann. Vermeiden Sie die Aufstellung von zentralen WLAN-Zugangspunkten in unmittelbarer Nähe der Orte, an denen sich Personen ständig aufhalten.“ Trotz dieser Warnungen wird WLAN in Schulen, Bibliotheken und Behörden bedenkenlos eingesetzt. Die Industrie aber weiß um die Schädlichkeit. Die überflüssige Strahlung könnte bald der Vergangenheit angehören. Am Institut für

Nanostrukturtechnologie und Analytik (INA) der Universität Kassel arbeiten Wissenschaftler derzeit daran, elektromagnetische Strahlen zu bündeln und punktgenau zum Bestimmungsort zu lenken. In ihrer Pressemitteilung heißt es: „In einer immer stärker technisierten Welt finden sich in jedem Haushalt unzählige elektrische Geräte. Unansehnliches Kabelgewirr und Elektrosmog gehören heute beinahe zum Alltag. So surfen die meisten Nutzer des Hochgeschwindigkeits-Internets über ein Drahtlosnetzwerk, elektromagnetische Strahlung breitet sich dabei in der ganzen Wohnung aus, obwohl die Funkverbindung in der Regel nur den Computer erreichen sollte.“

Bündelung statt Streuung

Die überflüssige Strahlung könnte bald der Vergangenheit angehören, denn am Institut arbeiten Wissenschaftler derzeit daran, elektromagnetische Strahlen zu bündeln und punktgenau zum Bestimmungsort zu lenken.“



Foto: Claus Jorden, pixelio.de

Tastatur, Maus, Drucker etc. verkabeln.

Hier können Sie sich noch selbst schützen.

<http://www.diagnose-funk.org/technik/mobilfunk-alternativen/forschung-fuer-eine-zukunft-ohne-elektrosmog.php>

Neue ICEMS - Publikation erschienen

Nicht-thermische Effekte und Wirkungsmechanismen zwischen elektromagnetischen Feldern und lebender Materie

In der ICEMS „International Commission for Electromagnetic Safety“ haben sich weltweit Wissenschaftler zusammengeschlossen, die die Mobilfunktechnologie kritisieren.

Die ICEMS (<http://www.icems.eu/>) gab 2006 die bekannte „Benevento Resolution“ und 2009 die „Venedig-Resolution“ heraus, in denen u.a. weitreichendere Vorsorgemaßnahmen gefordert sowie die gesundheitsschädigenden Wirkungen des Mobilfunks als bewiesen dargestellt werden.

Nun erschien eine englische Monografie mit 25 Beiträgen, die überwiegend gesundheitsschädigende Wirkungen nachweisen. Das Werk wurde vom italienischen „National Institute for the Study and Control of Cancer and Environmental Diseases “Bernardino Ramazzini“ (Bologna) in Zusammenarbeit mit der „International Commission for Electromagnetic Safety“ (ICEMS) im offiziellen Journal (Journal of Oncology) der „Italienischen

Tumorgesellschaft“ (Società Italiana Tumori, SIT) publiziert.

Drei Berichte besonders interessant

Im Studienbericht über eine doppelblind durchgeführte Provokationsstudie von Professor M. Havas an 25 Probanden (S. 273) wird u.a. über deutliche Auswirkungen von Telefonaten mit einem Schnurlos-telefon (Sendefrequenz: 2,4 GHz, Modulationsfrequenz: 100 Hz) auf die Herzschlagrate von einigen der getesteten, zum Teil elektrosensitiven Studienteilnehmern, berichtet. Die Studie zeige „zum ersten Mal sofortige und dramatische Veränderungen sowohl der Herzschlagrate als auch der Herzschlagraten-Variabilität im Zusammenhang mit Hochfrequenz-Exposition weit unterhalb (0,5%) der staatlichen Richtlinien (1000 Mikrowatt pro Quadratmeter, $\mu\text{W}/\text{cm}^2$) in Kanada und den Vereinigten Staaten“, so die Autoren. 1000 $\mu\text{W}/\text{cm}^2$ entspricht 10 W/m^2 , wo auch der Grenzwert in

Deutschland liegt. (Webseite von Magda Havas: <http://www.magdahavas.com/>)

Zwei Berichte geben den Forschungsstand zur Einwirkung der Strahlung auf die Blut-Hirn-Schranke wieder: N. Seyhan et al. , Investigation on blood-brain barrier permeability and collagen synthesis under radiofrequency radiation exposure and SAR simulations of adult and child head (S. 319)

L.G. Salford et al.: Effects of microwave radiation upon the mammalian blood-brain barrier (S.333).

Download der kompletten Monografie auf www.icems.eu: *Non-thermal Effects and Mechanisms of Interaction Between Electromagnetic Fields and Living Matter. ICEMS Monograph. Livio Giuliani, Morando Soffritti (Edts.). Eur. J. Oncol. - Library Vol. 5 (2010)*

Diagnose-Funk hat die Monografie auf der Internetseite: www.mobilfunkstudien.de unter Giuliani/Soffritti bei Dokumentationen eingestellt.

DSL aus der Steckdose

Ist Powerline Communication (PLC) eine Alternative zu W-LAN?

PLC oder auch D-LAN genannt ist die Datenübertragung über Stromleitungen. PLC/D-LAN wird gerne und oft als Alternative zum W-LAN angepriesen und findet bereits oft unbemerkt Anwendung bei der Einführung von so genannten intelligenten Stromzählern, den Smart Metern.

Die verwendeten Datensignale liegen im Bereich von 1 bis 30 MHz und somit exakt im Frequenzband des Kurzwellenrundfunks und der Frequenzbänder des Hobbyfunks.

Da Stromleitungen üblicher Weise ungeschirmt sind, kommt es zu einer ungewollten Abstrahlung der Signale. Die eingespeiste, und damit auch die in die Umgebung abgestrahlte Sendeleistung ist im Vergleich zu anderen Anwendungen zwar sehr gering, da aber für die Wirkung auf Lebewesen nicht nur die Strahlungsintensität, sondern neben der Dauer auch die Art der Strahlung (Signalbandbreite, Modulation, Polarisation, Pulsung) von

Wichtigkeit ist, kann von einer Ungefährlichkeit dieser Strahlung nicht gesprochen werden. Fallberichte aus der Praxis zeigen, dass auch diese niedrige Strahlendosis zu negativen Effekten auf das Wohlbefinden von Hausbewohnern mit PLC-Anlagen führen kann.

Einzig empfehlenswerte Alternative zu W-LAN ist die Verkabelung.



Foto: Thorsten Frenkel/Infotopia

Sendeantennen in allen Räumen durch die hauseigene Stromleitung. Wer hätte das gedacht...

Störung der Technik durch PLC ist schon erwiesen

„Die Datenübertragung mit Powerline benötigt im Unterschied zur Übertragung der Elektrizität höhere Trägerfrequenzen. Daher muss auf die niederfrequente Stromleitung ein hochfrequenter Datenkanal aufmoduliert werden. Der unangenehme Nebeneffekt: Stromleitungen werden zu Sendeantennen, die andere Funkdienste sowie den Radio- und Fernsehempfang stören können.“

Zitat aus „Breitbandinitiative des Bundeswirtschaftsministeriums“

www.zukunft-breitband.de/BBA/Navigation/technik,did=236548.html

UMTS und GSM-Antennen im eigenen Heim

Neue Funkanwendungen im Haus sind problematisch

Neue sogenannte aktive Antennen sorgen in Gebäuden und generell schwach versorgten Gebieten für eine Verstärkung des Funksignals zur Nutzung von Telefonie oder Internetdiensten. Eine Außenantenne fängt das Signal außen ab, sendet dieses dann ins Gebäudeinnere, um dann dort verstärkt zu werden. Leider weiß das System nicht, wo Haus- und Wohnungsgrenzen sind, so dass ungewollt auch Mitbewohner bestrahlt werden, die dies vielleicht nicht wollen und

aus gesundheitlichen Gründen nicht tragen.

Verursacherprinzip zählt

Mieter sollten sich bei plötzlicher Verschlechterung ihres Gesundheitszustandes bei den Nachbarn erkundigen, ob diese eine aktive Antenne installiert haben. Im übrigen gilt auch für diese Antennen das Verursacher-Prinzip. Wer die Antenne betreibt, haftet für Schäden.

Technische Info aus PC-News 02/2011, Funkwerk-ec.com, Kommentar mowo

Handy zeigt freien Parkplatz

Neuer Unsinn in Planung

Parkplatzsuche per Handy? Demnächst keine Utopie mehr. Forscher der Universität de Catalunyaer proben zurzeit im Boden eingelassene Sensoren die per WLAN, GPRS oder Mobilfunk ein Signal zur Kontrollzentrale sendet, welche den Parkplatz als besetzt meldet. So lassen sich auch sekundengenau die Parkzeiten berechnen und abrechnen. Momentan wird das System im Innovationsbezirk 22 in Barcelona verwendet. www.upc.edu

Ohrspeicheldrüsenkrebs durch Handys?

Noch eine Studie, die einen Zusammenhang zwischen Handy-Strahlung und Krebs herstellt: Unter den Vieltelefonierern nimmt ein seltener Krebs zu. In einer israelische Studie wird gezeigt, dass Handys möglicherweise nicht ganz so harmlos sind wie man uns Glauben macht.

Die Anzahl der Fälle von Ohrspeicheldrüsenkrebs in Israel hat sich von 1970 bis 2006 vervierfacht, während die Zahl der Tumoren anderer Speicheldrüsen stabil blieb, sagt Forschungsgruppenleiter Professor Harold Sgan-Cohen von der Hebrew Universität in Jerusalem in einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 14.01.2011. Die Mediziner hatten Daten des nationalen Krebsregisters ausgewertet. Im selben Zeitraum, in dem der Krebs zunahm, stieg auch die Handynutzung stark an. Allein von 1997 bis 2006 hat sich die Gesprächszeit der telefonierfreudigen Israelis versechsfacht.

<http://www.fr-online.de/wissenschaft/medizin/unter-der-strahlendusche/-/5024016/5637544/-/view/asFirstTeaser/-/index.html>

Die Ohrspeicheldrüse sitzt direkt dort, wo das Telefon hingehalten wird. Bereits vor drei Jahren berichtete Siegal Sadetzki, Leiterin einer früheren Studie in Israel, dass intensive Handy-Nutzer erhöhte Risiken von Ohrspeicheldrüsenkrebs aufwiesen. Allerdings handelt es sich bei diesem Tumor um eine äußerst seltene Krebsart. Zu Beginn der Untersuchung im Jahr 1960 traten in ganz Israel, also in einer Bevölkerung von damals gut zwei Millionen Menschen, gerade einmal 16 Fälle auf. 2006 waren es dann 64 Fälle, die Bevölkerung war auf 6,5 Millionen gestiegen.

Aus Frankfurter Rundschau, 15.01.2011



Foto: Stephanie Hofschläger, pixelio.de

Viel und lange telefonieren. Immer öfter zeigt sich ein Zusammenhang mit gesundheitlichen Risiken.

Mobiltelefon-Nutzung und Verhaltensprobleme bei Kindern

Schwangerschaft und mobil telefonieren - ein Risiko

Not amused war die Mobilfunkindustrie, als im Jahr 2008 die Studie von Divan et al. veröffentlicht wurde, die einen Zusammenhang zwischen Mobiltelefon-Nutzung während der Schwangerschaft bzw. früher Kindheit und späteren Verhaltens-Problemen der Kinder zeigte. Sie wurde an 13169 Kindern durchgeführt. Wenn Mütter digital schnurlos während der Schwangerschaft telefonieren, ergab sich nach dieser Studie ein Risiko von 54% Wahrscheinlichkeit, dass die Kinder hyperaktiv werden und Verhaltensstörungen wie Beziehungsschwierigkeiten zu Gleichaltrigen zeigen. Wenn diese Kinder vor Erreichen des 7. Lebensjahres auch noch selbst mit Handys telefonieren, steigt die Wahrscheinlichkeit auf 80%. Diese Kinder haben zu 25% seelische Probleme; 34% haben Schwierigkeiten mit Altersgenossen; 35% zeigen Hyperaktivität; 49% ein auffälliges Verhalten.

Die Studie wurde nun wiederholt. Im WIK-Newsletter 30/2010 werden die neuen Ergebnisse wie folgt wiedergegeben:

„Siebenjährige Kinder, die im Mutterleib

und nach der Geburt Mobiltelefonen ausgesetzt waren, haben ein höheres Risiko von Verhaltensproblemen, was möglicherweise auf die von diesen Geräten ausgehende elektromagnetische Strahlung zurückzuführen ist. Auf diesen Zusammenhang deutet das Ergebnis einer Studie hin, die auf Daten von insgesamt 29.000 Kindern basiert. Dieser Befund repliziert die Ergebnisse einer Untersuchung aus dem Jahr 2008 mit insgesamt 13.000 Kindern, die vom selben US-amerikanischen Forscherteam durchgeführt wurde. Während die frühere Studie möglicherweise wichtige Variablen, die Einfluss auf dieses Ergebnis haben können unberücksichtigt ließ, seien diese in der neuen Studie beachtet worden, erklärt Leeka Kheifets, Epidemiologin an der kalifornischen Universität für öffentliche Gesundheit in Los Angeles gegenüber MedlinePlus, dem Informationsdienst des nationalen US amerikanischen Institut für Gesundheit (National Institute of Health).“

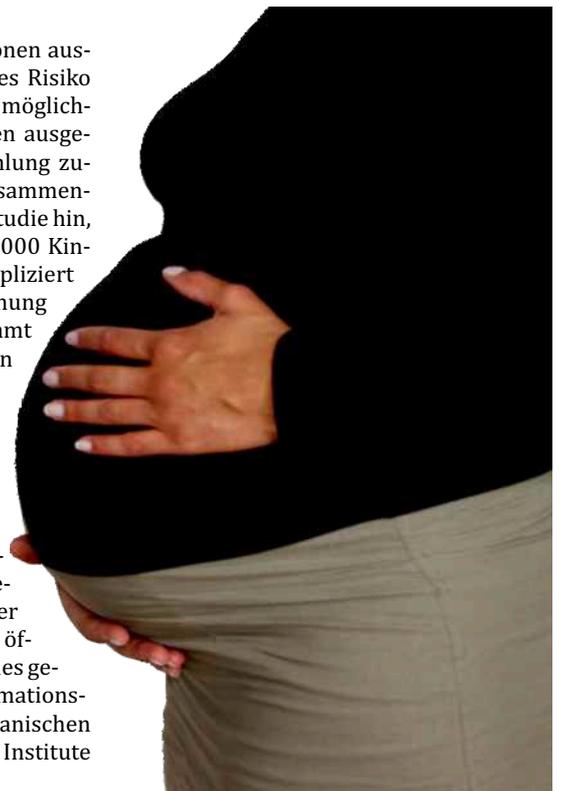


Foto: Alexandra Bucurescu, Pixelio.de

Pakistan:

Minister will eine nationale Studie zu Mobilfunkmasten

Bundesminister für Umwelt sieht große Notwendigkeit

Die pakistanische "Daily Times" berichtet am 3. November 2010, dass der Bundesminister für Umwelt, Hameedullah Jan Afridi, die Notwendigkeit für eine nationale Studie zur Einschätzung gesundheitlichen Auswirkungen der 26.000 Mobilfunksender in Pakistan sieht: "Es gibt eine äußerst große Notwendigkeit, eine nationale Studie durchzuführen, um die zunehmenden umwelt- und gesundheitlichen Auswirkungen der 26 000 Mobilfunkmasten des Landes einschätzen zu können, so fasste der Bundesminister für Umwelt, Hameedullah Jan Afridi eine Debatte über einen Antrag zusammen, den einige Mitglieder des Parlaments am Dienstag einbrachten. Die Parlamentsmitglieder sind besorgt über die Existenz von Mobilfunkmasten in Wohn-

gebieten und stellten fest, dass in einigen Gebieten von Krebs und Missbildungen bei Neugeborenen berichtet werde, die auf Strahlung dieser Masten zurückzuführen seien." Der Umweltminister sagte, „dass biologische Veränderungen durch die lange Exposition von niederfrequenter Strahlung von den Wissenschaftlern noch nicht voll verstanden sei und die Forschung noch andauere. Umweltschutzagenturen auf Bundes- und Provinzebene sind beauftragt worden, die umwelt- und gesundheitlichen Aspekte zu untersuchen, einschließlich der Aufstellung der Masten auf öffentlichen Plätzen vor der Ausstellung (Bescheinigung) einer Umweltverträglichkeit.“

http://www.dailytimes.com.pk/print.asp?page=2010\11\03\story_3-11-2010_pg11_6

Usbekistan:

Man denkt über ein Handyverbot für Kinder nach

Nutzung schwächt Organismus

Das Nachrichtenportal „Uzbekistan Daily“ meldete am 10. November, dass in Usbekistan derzeit an einer Gesetzesgrundlage gearbeitet wird, die Kindern den Gebrauch von Mobiltelefonen verbietet. Dies wurde auf der Konferenz „Mobile phones: progress and threats“ bekannt gegeben, die an der Universität der Weltwirtschaft und der Diplomatie (UWED) stattfand. Abdurauf Kasumov vom Nationalen Zentrum für Epidemiologische Überwachung wird wie folgt zitiert: „Ärzte haben den Nachweis erbracht, dass elektromagnetische Felder, die von Mobiltelefonen ausgehen, die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gefährden. Lange und häufige Nutzung von Handys schwächt den kindlichen Organismus, verursacht Fehlfunktionen der Hirndurchblutung und des Nervensystems“.

<http://www.uzdaily.com/ru/articles-id-12153.htm>

Das Fürstentum Monaco begrenzt Emission elektromagnetischer Felder

Regelungen sind weitaus strenger als bisher. Von der Schweiz inspiriert

In Deutschland wird bei den Grenzwerten nach wie vor gemauert: Es besteht kein Anlass, sie in Frage zu stellen. Und das, obwohl das Europäische Parlament in zwei Beschlüssen ihre Schutzwirkung in Frage stellte. Im Fürstentum Monaco wird laut Fürstlicher Verordnung Nr. 3020 vom 26. November 2010 eine umfassende Begrenzung elektromagnetischer Wellen eingeführt. „Die Emission elektromagnetischer Wellen, insbesondere solche in Zusammenhang mit mobiler Telefonie, stellt eine der legitimen Sorgen unserer Bürger dar. Um dieser Sorge zu begegnen, hat die Regierung des Fürstentums ein Gesetz verabschiedet, welches die Grenzwerte für die Exposition der Öffentlichkeit gegenüber elektromagnetischen Feldern festlegt“, sagt Gilles Tonelli, Regierungsrat für Infrastruktur, Umwelt und Urbanismus. Er fügt hinzu: „Die neuen Regelungen sind weitaus strenger als die bislang geltenden Bestimmungen.“ „Die Regierung hat sich bei den strengsten Bestimmungen in diesem Bereich von der

Schweiz inspirieren lassen“, unterstreicht Marie-Pierre Gramaglia, Leiterin der Direktion für elektronische Kommunikation. Sie ergänzt: „Wir wollten noch weiter gehen und den Grenzwert des elektrischen Feldes für Emissionen von Radio- und Fernsehsendern, Walkie-Talkies sowie von W-LAN-Geräten auf 6 V/m festlegen, wobei für Mobilfunk-Basisstationen je nach deren örtlicher Lage eine Begrenzung bis auf 4 V/m möglich ist“.

Provider müssen sich streng an die Grenzwerte halten

In Europa werden in der Regel Richtwerte von 28 Volt/Meter für UKW-Radiosender bzw. von 40 bis 60 Volt/Meter für Mobilfunk empfohlen. Die staatlichen Stellen werden die Einhaltung der Grenzwerte im Rahmen von jährlichen Messungen und bei Inbetriebnahme neuer mobiler Anlagen genau überwachen. Die Provider müssen sich folglich streng an die neuen Grenzwerte halten.

Kommentar von Diagnose-Funk

Allein die Tatsache, dass die Grenzwerte in Frage gestellt werden und offene Diskussion darüber geführt wird, ist ein Fortschritt. Die in Monaco eingeführten Werte sind vom medizinischen Standpunkt aus nicht vertretbar. Diagnose-Funk fordert medizinische Schutzwerte, die die athermischen Wirkungen berücksichtigen. Doch kein Grenzwert macht aus einer gesundheitsschädlichen Technologie eine verträgliche, er bleibt immer ein mehr oder weniger schlechter Kompromiss. Originaltext der Verordnung in französischer Sprache:

[http://www.gouv.mc/304/wwwnew.nsf/1909\\$9828072B9325685EC12577EE0051B065FR?OpenDocument&1Fr](http://www.gouv.mc/304/wwwnew.nsf/1909$9828072B9325685EC12577EE0051B065FR?OpenDocument&1Fr)

Keine Vermietung mehr für Mobilfunkmasten

Evangelische Kirche Stuttgart beschließt, dass keine Funkmasten mehr auf ihre Kirchen kommen

Kirchliche Gebäude in der Gesamtkirchengemeinde Stuttgart werden nicht mehr für Mobilfunksender vermietet! Diese frohe Botschaft kommt vom Gemeinderat der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart (EGKS). Auf Vermittlung der evang. Akademie Bad Boll trafen sich Stadtdekan Ehrlich, Kirchenpfleger Beck und Pfarrer Finkbeiner (Paulusgemeinde) dreimal mit der Bürgerinitiative. Ergebnis: Ein gemeinsames Kommuniqué, in dem erklärt wird: Die EKGS macht wegen potentieller Gefahren der Mobilfunkstrahlung keine Geschäfte mehr mit den Mobilfunkbetreibern. Dieses Kommuniqué ist ein Signal für alle Kirchen in Deutschland. In der Pressemitteilung der evangelischen Kirche heißt es:

„Im Lauf der Gespräche sei den Kirchenvertretern deutlich geworden, „dass wir die Sorgen aus der Bevölkerung wegen einer möglichen Gesundheitsgefährdung ernst nehmen müssen“, erklärte der evangelische Stadtdekan Hans-Peter Ehrlich. Bereits im Juli 2010 beschloss der Gesamtkirchengemeinderat Stuttgart deshalb, keine neuen Mobilfunkanlagen auf den Gebäuden der Gesamtkirchengemeinde zuzulassen...Zur veränderten Einschätzung der möglichen Gefährdung durch Mobilfunk habe die Tatsache beigetragen, „dass inzwischen kritische Gutachten von ernstzunehmenden Institutionen wie der Ärztekammer Baden-

Württemberg vorlagen“, so Ehrlich. Der Beschluss, keine Mobilfunkmasten auf kirchlichen Immobilien zuzulassen, gelte zwar nur für die 22 Kirchengemeinden in der Gesamtkirchengemeinde Stuttgart. Allerdings empfehle man allen anderen Kirchengemeinden, dem Stuttgarter Vorbild zu folgen.

„Vor zehn Jahren war das Problembewusstsein bei mir noch nicht vorhanden“, räumte Kirchenpfleger Hermann Beck ein. Als Chefhaushalter der Gesamtkirchengemeinde habe er den Mobilfunk als interessante Einnahmequelle angesehen. Beck: „Wir erhalten immerhin rund 10.000 Euro im Jahr.“ Als dann der Mast fünf Jahre nach Vertragsabschluss tatsächlich installiert wurde, sei die Auffassung bereits eine andere gewesen: „Wir wollten aussteigen, damals ging das aber nicht.“ Jetzt, fünf Jahre später, werde die Möglichkeit des Ausstiegs noch einmal geprüft. Eine juristische Vorabprüfung habe ergeben: ein Ausstieg ist nicht aussichtslos. Für Ulrike Steinmayer von der Bürgerinitiative Bismarckstraße Stuttgart-West ist die Verabschiedung des Kommuniqués „ein deutschlandweit beispielhafter Vorgang“. Diagnose-Funk beglückwünscht die Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart West zu diesem Erfolg. Das Kommuniqué sollte von anderen Bürgerinitiativen im kirchlichen Umfeld weiterverbreitet werden. Aber auch bei Politikern kann es zu einem Nachdenken führen.

Gemeinsames Kommuniqué von Vertretern der Evangelischen Gesamtkirchengemeinde Stuttgart – vertreten durch Stadtdekan Hans-Peter Ehrlich, Kirchenpfleger Hermann Beck und Pfarrer Siegfried Finkbeiner und der Bürgerinitiative Mobilfunk Stuttgart-West.

Vertreter der Gesamtkirchengemeinde und der Mobilfunkinitiative haben sich nach bisher drei Gesprächen unter der Moderation der Evangelischen Akademie Bad Boll auf nachstehendes Kommuniqué geeinigt.

Auslöser der Gespräche zwischen der Gesamtkirchengemeinde und der Bürgerinitiative West und somit auch dieses gemeinsamen Kommuniqués ist die Errichtung eines Sendemastes in Stuttgart-West auf einem Wohngebäude der Gesamtkirchengemeinde in einer dicht besiedelten Wohngegend in der Bismarckstraße in unmittelbarer Nachbarschaft zur Pauluskirche und in der Nähe von Kindergärten. Aus Sorge um gesundheitliche Beeinträchtigungen haben sich die Anwohnerinnen und Anwohner zur Bürgerinitiative West zusammengeschlossen, um auf die Gesamtkirchengemeinde in ihrer Eigenschaft als Vermieterin zuzugehen und die Stilllegung

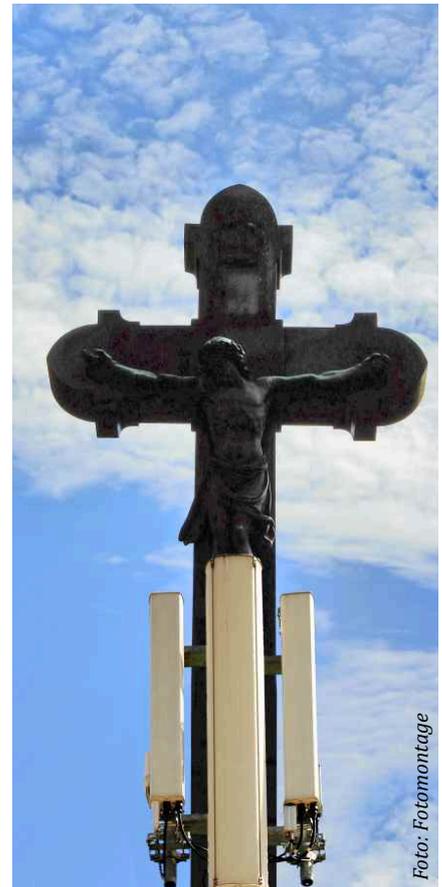


Foto: Fotomontage

Gott sei Dank nur eine Foto-Montage. Die Kirche in Stuttgart kommt endlich zur Besinnung.

des Funkmastes zu erreichen. Bereits 2005 versuchte die Gesamtkirchengemeinde ohne Erfolg aus dem im Jahre 2000 geschlossenen und auf 20 Jahre angelegten Vertrag mit Vodafone /02 auszuweichen. Momentan wird eine erneute juristische Prüfung des Vertrages vorgenommen um einen Ausstieg aus dem Vertrag zu erreichen. Der Wille des erneuten Vorstoßes ist begründet in der Verantwortung der Kirche für die Gesundheit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie in dem Anliegen von Vorsorge und Risikominimierung. Bestärkt werden die Akteure durch eine Vielzahl von auch offiziellen Verlautbarungen wie:

Fortsetzung von Seite 9

- Eine Stellungnahme der Landesärztekammer Baden-Württemberg vom 16.12.2009 besagt, dass „über die Langzeitgefahren [...] von Mobilfunk-telefonen noch wenig bekannt ist“ und man somit vorsichtig mit dem Gebrauch von Handys sein sollte.¹
- Bereits 2001 sagte Wolfram König, der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz, in einem Interview in der Berliner Zeitung, dass eine Errichtung von Sendemasten in der näheren Umgebung von Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern Tabu sein sollte.² Dieser Auffassung schloß sich das Europäische Parlament im April 2009 an.³
- 2001 wurde außerdem eine Studie der Wissenschaftskommission des europäischen Parlaments veröffentlicht, in dem es heißt: „[...] Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass diese Technologie [gemeint sind Funkwellen, d.V.] eine gefürchtete Krankheit wie Krebs verursachen kann.“ Alarmiert durch die Ergebnisse des Bioin-

itiative Report bestätigte die Europäische Umweltagentur in zwei Warnungen (20084, 20095) diese Befürchtung. Daraufhin forderte das Europäische Parlament in zwei Beschlüssen⁶ Vorsorgemaßnahmen.

- Der Abschlussbericht des Deutschen Mobilfunk Forschungsprogramms⁷ von 2008 lässt offen, ob eine Langzeitwirkung über einen Zeithorizont von 10 Jahren hinaus existiert oder nicht. Im Bericht an den Bundestag (2008) weist die Strahlenschutzkommission darauf hin, dass Fragen „der Exposition von Föten und Kindern sowie potenzieller Auswirkungen auf Kognition, Befindlichkeit und Schlaf offen sind.“⁸
- Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland warnt, dass „kurz und langfristige Schädigungen absehbar sind“, „die sich vor allem in der nächsten Generation manifestieren, falls nicht politisch verantwortlich und unverzüglich gehandelt wird.“ Er fordert ihn seinem Posi-

tionspapier den Umstieg auf zukunftsfähige Funktechnologien.⁹

Mit der konkreten Problemlösung in der Bismarckstraße verbunden ist das Interesse, auf die Gefahren des Mobilfunks für Mensch und Natur hinzuweisen und die Stadt Stuttgart zu bitten eine nachhaltige, Gefahren minimierende Netzstruktur für den Mobilfunk zu entwickeln, wie es bereits von einigen Bezirksbeiräten gefordert wird.

Über den konkreten Fall „Bismarckstraße“ hinaus ist es Gesamtanliegen der Unterzeichner, einen kritischen Diskurs über die Gefahren elektromagnetischer Strahlung anzustoßen und die Entwicklung einer zukunftsfähigen Kommunikationskultur zu fördern, von der - unter ganzheitlichem Blickwinkel - keine Gefährdung für Mensch und Umwelt ausgeht.

Stuttgart im Mai 2010

High-Tech auf dem Friedhof

Vorbei mit der Totenruhe?

Ein japanisches Bestattungsunternehmen bietet Grabsteine mit Strichcode an. Laut "Spiegel Online" zufolge sollen sie die Handys der Hinterbliebenen via Barcode mit einem virtuellen Trauerprofil verbinden. Dort könnten Fotos, Texte und Videos gesammelt werden, die an den Toten erinnern.

Vernetzung über QR-Barcode

Um Grabsteine zu vernetzen, verwendet das Beerdigungsunternehmen Ishinokoe dem Bericht zufolge die Barcode-Weiterentwicklung "QR Code". Im Gegensatz zum klassischen Barcode bestünden diese nicht aus einer Strichgrafik sondern aus einem quadratischen Pixel-Mosaik. Hierzulande noch selten genutzt, seien die "QR-Codes" in Japan bereits fest etabliert, vor allem weil sie problemlos mit der Handy-Kamera gelesen werden könnten.

Friedhofs-Myspace

Auf den neuesten Grabsteinen von Ishinokoe fungiere der QR-Code als Schnittstelle zum digitalen Gedenken. Dieses bestehe aus einem Online-Speicherplatz, auf dem Bilder, Erinnerungstexte oder auch Videos abgelegt werden können. Im



Foto: Martin Genter, pixelio.de

In Japan sicher bald möglich. In Europa noch undenkbar?

Grunde erhalte der Verstorbene so etwas wie ein Myspace-Profil. Dieses solle den Friedhofsbesuch aber nicht ersetzen, sondern mittels Multimedia-Trauer übers Handy zeitgemäß ergänzen.

Besuchlisten

Damit nicht jeder Vorbeikommende im Online-Fotoalbum des Verstorbenen blättern kann, seien die "QR-Codes" der Ishinokoe-Grabsteine ganz analog hinter

einer Marmorabdeckung verborgen, die mit einem Schloss gesichert ist. So sollen nur Verwandte und Freunde Zugang erhalten, sozusagen die Grab-Community. Diese könne sich natürlich auch in einem Forum austauschen, in dem auch jeder Besuch am Grab registriert wird - jedenfalls jeder Aufruf des Grab-Profiles mit dem Handy, wofür eigentlich auch ein gespeicherte Foto des "QR-Codes" reichen dürfte.

Aus Computer-Magazin, 03.2011 und www.objekts.com

Glasfaser statt Verstrahlung durch LTE

Die neue Mobilfunk-Generation 4G soll zur neuen Gelddruck-Maschine werden, koste es was es wolle

Mit der Versteigerung der LTE-Mobilfunkfrequenzen kommt die vierte Generation Mobilfunk auf den Markt. Die Hersteller versprechen ein schnelles Datendienstsystem, das dem mobilen Internet für Laptop und Handy eine neue Mobilität verleihen soll. Bei der LTE-Versteigerung im Frühjahr 2010 wurden 4,4 Milliarden Euro eingenommen. Die Netzbetreiber wollen mit LTE schnellstmöglich flächendeckend die weißen DSL-Flecken schließen, das ist gesetzlich vorgeschrieben. Es sollen aber vor allem die Ballungsgebiete bedient werden, denn es bringt die Möglichkeit neuer Geschäftsfelder durch die totale Vernetzung: Schnelles mobiles Internet, Online-Gaming überall, die Vernetzung und Überwachung des gesamten Verkehrs über Funk.

Neue Dimension der Verstrahlung

LTE wird unsere Städte, Dörfer, Straßen und Verkehrsmittel lückenlos in Hot Spots verwandeln. Es wird der bereits vorhandenen Strahlenbelastung durch GSM, UMTS und TETRA eine neue Dimension der Verstrahlung der gesamten Lebensumwelt hinzufügen. Die Strahlenschutzkommission ist ihrer Verpflichtung, neue Technologien vor ihrer Anwendung auf die Gesundheitsverträglichkeit zu testen, wieder nicht nachgekommen. Und die deutsche Bundesregierung schreibt: Es „wird zur Errichtung neuer Funkanlagen/Netze kommen, so dass von einer Zunahme der Gesamtexposition der Bevölkerung auszugehen ist“. Die Bevölkerung wird erneut einem unkontrollierten Feldversuch ausgesetzt.

Glasfaser-Verkabelung ist ein wirklicher Fortschritt

Zu LTE gibt es eine Alternative, die von immer mehr Firmen angeboten wird, die Verkabelung mit Glasfaser. In einem Interview sieht der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Landsberg die Situation so: „Funkbasierte Lösungen können zwar dazu beitragen, aktuelle Versorgungsdefizite zu beheben, aber auf lange Sicht müssen leitungsgebundene Lösungen geschaffen werden“. Der Geschäftsführer der Keymile GmbH, Björn Claaßen, bringt es auf den Punkt: „Nach Aufbau der LTE-Infrastruktur in



Foto: jena-foto24@pixelio.de

Kabellos überall surfen. Die Zielgruppe ist klar definiert. Man verspricht sich viel von LTE. Doch die Realität ist wie schon bei UMTS eine andere.

den nächsten Jahren kann dies eine Verbesserung für bisher nicht versorgte Regionen bringen – das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, aber auch nicht mehr. Die Breitbandanbindung per Funk wird die bisherigen „weißen Flecken“ bestenfalls in „graue Flecken“ verwandeln.“ Beworben wird LTE mit sagenhaften 50-100 Mbit/s. Der Telekom-Pressesprecher George Stephen Mc Kinney dämpft die Erwartungen gegenüber der Fuldaer Zeitung anlässlich einer LTE-Aufbau-Ankündigung im hessischen Schenklengsfeld. Realistisch dürften wohl eher Volumen von drei MBit/s plus X sein, wird der Sprecher zitiert. Björn Claaßen weiter: „Das ist nicht ausreichend für die hohen, in Zukunft benötigten Bandbreiten. Bei LTE müssen sich die Nutzer einer Funkzelle die Bandbreite teilen, und bei steigender Teilnehmerzahl sinkt die Bandbreite. LTE ist da-

her keine Alternative zur Glasfaser bis in die Haushalte, die eine nahezu unbegrenzte Bandbreite pro Teilnehmer ermöglicht.

Realistisch dürften wohl eher Volumen von 3 MBit/s plus X sein.

George Stephen McKinney, Telekom, gegenüber der Fuldaer Zeitung

Anders ausgedrückt: Das Konjunkturpaket II der Bundesregierung ist nicht ambitioniert genug. Da Nutzerzahl, Nutzungsdauer und Datenmenge rasant zunehmen, sind besonders leistungsfähige Netze und damit letzten Endes Glasfaserkabel bis in den Haushalt beziehungsweise in das Unternehmen unverzichtbar. Nur damit lassen sich Bandbreiten von mehreren hundert MBit/s realisieren, was beispielsweise für HD-Fernsehen mit mehreren Nutzern zur gleichen Zeit erforderlich ist. Und künftige Web-Anwendungen werden sicher nicht bescheidener sein. Das mittelfristige Ziel muss es sein, 90 Prozent der Privathaushalte und Unternehmen mit deutlich mehr als 100 Mbit/s zu erreichen. Bis 2020 werden eher 1 Gbit/s benötigt – und die lassen sich nur durch zu-

kunfts-fähige Glasfaseranschlüsse realisieren. Ansonsten wird sich der Fortschritt in Sachen Breitbandversorgung in Deutschland auf die Abkehr von einer Dreiklassen- auf eine Zweiklassengesellschaft beschränken: In den Städten ist eine High-Speed-Breitband-Versorgung mit Datenraten bis zu 1 Gbit/s verfügbar und die ehemals „weißen Flecken“ müssen sich mit Datenraten im niedrigen zweistelligen Mbit/s-Bereich begnügen.“

Netzanbieter setzen auf Funk

Doch die Netzmonopolisten setzen auf LTE. Dabei geht es nach unserer Analyse weniger um die Versorgung der Betriebe und Haushalte, sondern um mobile Datendienste und letztlich um das Projekt Vernetzung des Verkehrs. Zurecht protestierten dagegen in Gemeinden die Bürger, wie in Osterholz/Niedersachsen. Die dortige Bürgerinitiative schreibt: „In den letzten Wochen war mehrfach der Presse zu entnehmen, dass der Landkreis gemeinsam mit EWE Tel unter einem hohen finanziellen Aufwand mit Steuergeldern ein kreisweites Glasfasernetz für eine gute Breitbandversorgung aufbauen wird. Ab Januar sollen sogar kreisweit Beratungstage für die Interessenten durchgeführt werden. Die BEO e.V. begrüßt diese Maßnahme ausdrücklich, weil hierdurch keine unerwünschten zusätzlichen Hochfrequenzstrahlungen entstehen können. Jetzt kündigt die Telekom eine Breitbandlösung über eine mobilfunkorientierte Lösung an. Eine besondere Brisanz liegt darin, dass gerade das Gebiet Vollersode – Wallhöfen – Hambergen als erstes Gebiet im Landkreis mit dieser LTE-Mikrowellenstrahlung versorgt werden soll. Worin liegt diese Brisanz? Ende der 90er Jahre fiel dieses Gebiet, nach dem Bau einer Mobilfunksendeanlage, durch eine besondere Häufigkeit von Hirntumoren auf. Ein Arzt aus diesem Gebiet konnte an Hand seiner Patientendaten nachweisen, dass diese vermehrten Tumorfälle nach Inbetriebnahme der Mobilfunksendeanlage

auftraten. Bürgerproteste wurden mit fadenscheinigen Argumenten vom Tisch gefegt. Aber noch heute treten in diesem Gebiet häufig Fälle von Hirntumor auf! Jeder Bürger hat ein freies Wahlrecht in der Wahl seiner gewünschten Breitbandversorgung. Die BEO e.V. fordert alle Bürger des Landkreises auf „wählen Sie Ihre Breitbandlösung über eine Glasfaserverversorgung“.

Verkabelung mit 100 MBit/s

Der Nachrichtendienst Golem berichtet (10.1.2011), dass die Firma „Kabel Deutschland“ in weiteren Städten 100-MBit/s-Internetzugänge über das Fernsehkabel anbietet. Der größte Kabelnetzbetreiber Deutsch-

lands bringt seinen schnellen Internetzugang nun auch nach Dresden, Potsdam und Würzburg. Dadurch erhalten weitere 420.000 Haushalte Zugang zu 100 MBit/s im Downstream und 6 MBit/s im Upstream. Zum Vergleich: Die Deutsche Telekom bietet einem VDSL-Kunden in Berlin, der eine Datenrate von maximal 50 MBit/s gebucht hat, derzeit durchschnittlich 43 MBit/s im Download und 7 MBit/s im Upload. Bis Ende März 2011 sollen die Städte Augsburg, Leipzig, Ludwigshafen, Nauen und Nürnberg folgen. Bereits jetzt gibt es in Berlin, Bremen, Calbe, Hamburg, Hannover, Helmstedt, Kiel, Magdeburg, München und Saarbrücken die Möglichkeit, das Internet mit bis zu 100 MBit/s zu nutzen.

Landkreis Rhön-Grabfeld entschied sich für Glasfaser statt Richtfunk

Wirtschaftlichste Lösung

Für viele Kommunen und Landkreise sind Datenvolumen von 30, 40, 50 ja 100 Mbit/s reinste Utopie. Manche Gegenden sind wirklich unterversorgt bis hin zum einfachen analogen Anschluss. Sehr oft werden Bürger, Initiativen und Oppositionsparteien mit dem Argument der horrenden Kosten einer Glasfaserverkabelung zurück gewiesen. Dabei gibt es Beispiele, die das Gegenteil beweisen.

Rhön-Grabfeld und die Glasfaser

Der ländlich geprägte Landkreis Rhön-Grabfeld in Bayern entschloss sich nach Scheitern einer Landkreis-einheitlichen Richtfunk-Lösung für die laut Landrat wirtschaftlichste Lösung: der Glasfaserausbau mit der Telekom. Die vier Millionen Euro teure Verkabelung wird zur Hälfte vom Staat Bayern finanziert, 1,6 Millionen kommen vom Landkreis. Auf die einzelnen Kommunen verteilt ergibt das ein geringeres Investitionsvolumen als die

Richtfunkversorgung. Die Leitungen werden bis zu den Kabelverzweigern gelegt, der Rest, die sogenannte letzte Meile, wird über die normalen Kupferkabel überwunden (Fibre to the Curb-Technik/ FTTP). Zumindest bringt das bis zu 16 Mbit/s. Das ist mehr und sicherer, als LTE im Durchschnitt bieten kann. Dadurch wird auch eine Erhöhung der Strahlenexposition vermieden. Als nächste Ausbaustufe der FTTP-Lösung können dann die Glasfaserkabel bis in die Häuser gelegt werden um weit höhere Bandbreiten anbieten zu können.

Das Umdenken seitens des Landkreises kam nicht von allein. Eine Bürgerinitiative recherchierte und organisierte, so dass die bisher favorisierte Funklösung auf Grund nicht eingehaltener Zusagen seitens der Ausbaufirma der Vertrag vom Kreis gekündigt werden konnte, ohne das Fördergelder verloren gingen.

Das verstrahlte und überwachte Auto

LTE- Als Überwachung äußert dienlich

LTE ist nicht nur ein Gesundheitsproblem, sondern auch eine neue Möglichkeit der Totalüberwachung. LTE ist ein Datenschutzskandal, denn es ermöglicht die Autofahrer lückenlos zu überwachen. Darüber wird geschwiegen. Die LTE-Planungen der Automobil- und Mobilfunkindustrie werden nicht nur die Black-Box ins Auto bringen, sondern bald jedes Auto, jeden LKW und Bus vernetzen. Audi nennt ihr LTE Connected Car eine „Travolution“. Das Auto wird zum ständig funkenden Sender

und Empfänger, eine fahrende Elektromogwolke. Städte-Mautsysteme werden in Zukunft online über die zwangsweise in Fahrzeugen eingebaute „Black-Box“ geregelt. Die alte Kfz-Steuer könnte abgeschafft werden. Die Abrechnung erfolgt zukünftig nach gefahrenen Kilometern und auf Grundlage der Frage, ob in der Stadt oder auf dem Land gefahren wurde. Sprechen Sie die Politiker ihres Wahlkreises auf diesen kommende Überwachung an und fordern sie zum Handeln auf.

LTE braucht neue Hardware

Viele Computernutzer wissen nicht, dass sie, falls sie LTE nutzen wollen, neue Router oder Modems brauchen. Die bisherigen funktionieren laut „ComputerBild“ nicht. Ebenso werden neue Handys benötigt. Ist das nicht praktisch: gleich zweimal abkassieren: Neue Technik braucht neue Hardware. Computernutzer kennen dieses Prinzip schon länger. Bill Gates und Steve Jobs und einige andere sind dadurch reich geworden.

Der Chefentwarner Prof. A. Lerchl

Das Problem für den Strahlenschützer ist nicht die Strahlung, sondern sind die wahrnehmenden Menschen.

Die Industrie lässt die Einführung von LTE durch Entwarnungen von Prof. Lerchl, Vorsitzender des Ausschusses für nicht-ionisierende Strahlung in der Strahlenschutzkommission, flankieren. In einem Werbefilm des Informationszentrum Mobilfunk (IZMF) zu LTE sagt er: „Das Problem sind nicht so sehr die biologischen Effekte von solchen Feldern, sondern das Problem ist die Risikowahrnehmung, wann nimmt man etwas als Risiko wahr, und dabei spielt eine große Rolle, dass die Sendemasten, also die Basisstationen, prominent sichtbar sind, und durch die vielen öffentlichen Diskussionen sind diese Masten ins Bewusstsein der Leute gerückt und wenn sie diese Masten sehen, dann machen sie sich Sorgen und manchmal fangen dann auch gesundheitliche Probleme an, obwohl sie eigentlich mit den Feldern nichts zu tun haben.“ Erleichterter Kommentar im Film: „Das neue Zeitalter für den noch schnelleren Datentransfer kann also beginnen.“ Der Film steht auf der Homepage des IZMF, der Werbezentrale der Mobilfunkbetreiber. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) informiert in der Broschüre „Mehr Breitband für Deutschland“ über den Breitbandausbau im ländlichen Raum. Dieser Ausbau soll über LTE oder Glasfaser erfolgen. In einem Interview sieht selbst der Hauptgeschäftsführer des DStGB Landsberg die LTE-Technologie nur als Übergangslösung: „Funkbasierte Lösungen können zwar dazu beitragen, aktuelle Versorgungsdefizite zu beheben, aber auf lange Sicht müssen leitungsgebundene Lösungen geschaffen werden.“ (S.22)

Statt nun die technisch besseren und gesundheitsunschädliche Glasfaser-Lösung zu empfehlen, macht sich Deutschlands oberster Strahlenschützer Lerchl für LTE stark. In einem an Platttheit nicht zu überbietenden Interview beruhigt er die Behörden. Von LTE ginge keine Gesundheitsgefährdung aus: „Vorsorgemaßnahmen sind nicht erforderlich.“ (S.30) Da die Österreichische und Wiener Ärztekammer dem Mobilfunk kritisch gegenübersteht und Vorsorge anmahnt, gibt nun Prof. Lerchl auch in Österreich ein Gastspiel.

Auf der Homepage www.hausarzt-online.de veröffentlichte er im Dezember 2010 zusammen mit Prof. Caroline Herr (Bayerisches Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit Oberschleiß-

heim) einen Artikel, in dem beide behaupten, dass bisher keinerlei Experimente Hinweise auf negative gesundheitliche Auswirkungen erbracht hätten und solche aus biophysikalischen Gründen auch nicht zu erwarten seien. Sie raten: „Für Patienten und Personen, die vermuten, dass ihre meist unspezifischen Beschwerden in einem Zusammenhang mit der Exposition zu Feldern des Mobilfunks stehen, konnte bisher in Studien nicht gezeigt werden, dass sie, bei entsprechender Exposition in Laborstudien, diese Felder sensibler wahrnehmen als Personen, die dies nicht vermuten. Gleichwohl müssen diese Patienten in ihrer Beschwerdelage ernst genommen werden, ohne dass ihnen dabei der angelegene Umweltbezug leichtfertig bestätigt wird. Im

Da freuen sich Prof. Lerchl und die Mobilfunkindustrie: kabellos über LTE surfen.



Foto: Barbara Eckhardt@pixelio.de

Ein Forscher Rückblick auf 2010

Lügen haben kurze Beine. Forschung bestätigt Mobilfunkrisiken

Die Wahrheit setzt sich gegen Lobbyinteressen letztlich durch, auch in der Forschung. Hier eine Auflistung wichtiger Veröffentlichung im letzten Jahr.

Tumorgefahr: „Handystudien gefälscht“ – mit einer weltweiten industriegesteuerten Kampagne sollten 2008 die Ergebnisse der REFLEX-Studien, die für GSM – und UMTS krebserregende Effekte nachweisen, als Fälschungen diffamiert werden. Alle Medien stiegen darauf ein. Sie berichten aber jetzt nicht darüber, dass die extra dafür eingesetzte Österreichische Kommis-

sion für Wissenschaftliche Integrität die Vorwürfe zurückwies. Prof. Mösgöller (Med.Univ.Wien) legte nun ein Papier vor, in dem er 27 Studien auflistet, die auf das krebserregende Potential hinweisen. Die Medien berichten wieder nicht über diesen Vorgang.

Spermenschädigung / Embryotoxizität: In der Fachwelt viel beachtet wurde 2010 die australische Studie von De Iuliis et al., die Spermenschädigungen eindeutig nachwies. Diagnose-Funk legte im November 2010 einen Forschungsüberblick vor, der 15 Studien auflistet, die zum sel-

Fortsetzung von Seite 13

ben Ergebnis kommen. 2008 zeigte die US-Gruppe Divan et al., dass die Handy – und DECT - Nutzung von Schwangeren zu Verhaltensproblemen bei ihren Kindern führen kann. Die Ergebnisse der Studie konnten 2010 in einer neuen Gruppe von Kindern reproduziert werden und wurden im Dezember publiziert.

Schädigungsmechanismus: Die Zeitschrift Umwelt-Medizin-Gesellschaft (3/2010) veröffentlichte den Artikel Desai et al.: „Pathophysiologie der Mobilfunkstrahlung: Oxidativer Stress und Karzinogenese mit dem Focus auf das männliche Fortpflanzungssystem“, in dem ein Wirkmechanismus der Strahlung in den Zellen beschrieben und graphisch dargestellt wird.

Selbitz-Studie: Die Zeitschrift Umwelt-Medizin-Gesellschaft (2/2010) veröffent-

lichte die Studie „Spezifische Symptome und Mobilfunkstrahlung in Selbitz (Bayern) – Evidenz für eine Dosiswirkungsbeziehung“, in der nachgewiesen wird, dass mit der Nähe zum Masten verschiedene Krankheitssymptome zunehmen.

Der Umweltmediziner Dr. Joachim Mutter veröffentlichte zum Jahresanfang 2010 die Broschüre „Handystrahlung – eine Gefahr für Kinder?“, in der in Auseinandersetzung mit den Verharmlosungen von Prof. Lerchl (Strahlenschutzkommission) der Forschungsstand aus der Sicht eines praktizierenden Mediziners dargelegt wird.

Zwei Forschungsberichte legte die Kompetenzinitiative 2010 vor: „Die Auswirkungen elektromagnetischer Felder auf Tiere“ von Dr. U. Warnke, „Wirkungen elektromagnetischer Felder auf Pflanzen“,

Dr. C. Waldmann-Selsam. Beide können als Online-Publikation kostenlos heruntergeladen werden.

Wissenschaftliche Datenbank: Diagnose – Funk stellte nach fast zweijähriger Vorarbeit 2010 die Homepage www.mobilfunkstudien.de ins Netz. Sie dokumentiert mit derzeit 107 Studien, die unterhalb der Grenzwerte schädigende Effekte zeigen und mit einer umfangreichen Sammlung von Fachartikeln den Stand der Forschung. Als Faltblatt kann eine Zusammenfassung ausgedruckt werden. Die wissenschaftliche Legitimation des Protestes wird hier erstmals anschaulich gemacht.

2010 zeigt also: Das Gefährdungspotential der Mobilfunktechnologie liegt auf der Hand, aber die Macht- und Rechthaber tun alles, damit die Bevölkerung darüber nicht aufgeklärt wird.

Vernichtung wissenschaftlicher Daten versucht

Pandora-Stiftung für unabhängige Forschung: Versuch der Vernichtung wissenschaftlicher Mobilfunkdaten an der Medizinischen Universität Wien endgültig gescheitert

Berlin, 18. Januar 2011 - Mitte 2007 informiert Prof. Alexander Lerchl, Biologe an der privaten Jacobs University Bremen und Mitglied der Strahlenschutzkommission im Bundesamt für Strahlenschutz, den Rektor der Medizinischen Universität Wien, Prof. Wolfgang Schütz, über einen schwer wiegenden Verdacht: Die Ergebnisse zweier in der Abteilung Arbeitsmedizin seiner Universität entstandenen Publikationen seien mit hoher Wahrscheinlichkeit gefälscht. Diese Nachricht wird von zahlreichen nationalen und internationalen Medien, allen voran *Der Spiegel*, aufgenommen und über die ganze Welt verbreitet. In der Dokumentation auf unserer Website (www.stiftung-pandora.eu) wird über die darauf hin angestrebten Versuche berichtet, die Wiener Ergebnisse, die auf ein krebserzeugendes Potenzial der Mobilfunkstrahlung hinweisen, wieder aus der wissenschaftlichen Literatur zu entfernen. Zwei Wissenschaftler in bedeutenden gesellschaftlichen Positionen, denen der Dank der Mobilfunkindustrie sicher sein dürfte, haben sich dabei besonders hervor getan. Dass sie die Interessen der Allgemeinheit denen der Mobilfunkindustrie hintangesetzt haben, nehmen sie, wie es scheint, billigend in Kauf.

In der von Pandora-Stiftung für unabhängige Forschung erstellten Dokumentation werden die zur Vernichtung wissenschaftlicher Daten ergriffenen Maßnahmen des Wiener Rektors offengelegt, die dieser frei-

lich als seinen persönlichen Einsatz für die Wahrheit in der Wissenschaft verstanden wissen will. Über Prof. Lerchls Aktivitäten, mit denen er die Intrigen des Rektors noch in den Schatten stellt, wird in einer weiteren Dokumentation berichtet werden. Wie hier gezeigt wird, haben sich der zur Aufklärung des Falles eingesetzte Rat für Wissenschaftsethik der medizinischen Universität Wien und später die zusätzlich damit betraute österreichische Agentur für Wissenschaftliche Integrität sehr schwer getan, als sie vor der Frage standen, ob sie der Wahrheit in der Wissenschaft uneingeschränkt die Ehre geben sollten. Um unangenehmen Entscheidungen mit weitreichenden Folgen, die unvermeidbar gewesen wären, die Grundlage zu entziehen, ließen sie sich stattdessen auf einen Kompromiss ein. Beide Kommissionen haben unabhängig von einander festgestellt, dass es keinerlei Beweis dafür gibt, dass die verdächtige Arbeitsgruppe ihre Daten gefälscht hat. Beide haben aber auch keinen Zweifel daran gelassen, dass sie die wissenschaftliche Wertigkeit der Wiener Ergebnisse als gering erachten. Mit der Überschreitung ihres Auftrags und ihrer Kompetenz haben sie so dafür gesorgt, dass die zwei Drahtzieher des Skandals und die wissenschaftlichen Einrichtungen, denen sie vorstehen, in ihrem Ansehen nicht zu sehr Schaden nehmen.

Auch wenn es der Mobilfunkindustrie mit ihrer Methode des „war gaming“, die sie schon in den neunziger Jahren des letzten

Jahrhunderts in den USA mit Erfolg angewandt hat, gelungen sein sollte, die Wiener Ergebnisse durch Verleumdung für viele Menschen zu entwerten, ist dieser Sieg inzwischen bedeutungslos geworden. Denn in der Zwischenzeit liegen – wie in der Dokumentation gezeigt – mehrere Publikationen vor, deren Ergebnisse mit den in Wien erhaltenen übereinstimmen. Die epidemiologische Forschung liefert darüber hinaus zunehmend Belege dafür, dass die in Wien und anderswo beobachtete Schädigung des Genoms menschlicher Zellen sehr wohl zur Entstehung bösartiger Tumoren beitragen kann. Noch im Januar 2011 werden die Ergebnisse einer epidemiologischen Studie aus Israel publiziert, die zeigen, dass die Häufigkeit von Krebs der Ohrspeicheldrüse, die der Mobilfunkstrahlung nachweislich mit am stärksten ausgesetzt ist, sich seit 1970 vervierfacht hat, wobei der stärkste Anstieg in die Zeit nach 2001 fällt. Bleibt abzuwarten, wie die Mobilfunkindustrie und ihre Freunde aus der Wissenschaft darauf reagieren werden.

Prof. Dr. Franz Adlkofer & Prof. Dr. Karl Richter
Stiftungsrat der Pandora –
Stiftung für unabhängige Forschung

<http://www.diagnose-funk.org/wissenschaft/wien-angebliche-datenfaelschung/versuch-der-vernichtung-wissenschaftlicher-daten.php>

Der smarte Eingriff in die Privatsphäre

Sind so genannte intelligente Stromzähler gefährlich oder nur neugierig oder gar beides?

In Kalifornien häufen sich die Proteste gegen die Einführung so genannter intelligenter Stromzähler.

Ganze Bezirke haben beschlossen, den Ausbau der Smart Meter genannten Geräte wegen den potentiellen Gesundheitsrisiken vorübergehend einzustellen, bis mehr Forschungsergebnisse vorliegen.

Auch ein kleiner Landkreis nördlich von San Francisco verweigert sich dem vermeintlichen Fortschritt. Ein Jahr lang sollen weitere Installationen verhindert werden. Auch dort wird als Grund ein potentielles gesundheitliches Risiko genannt, das von den elektronischen Funkgesteuerten Zählern ausgeht.

Herz-Rhythmus- und Schlafstörungen, Tinnitus, Krebs sowie Angstzustände werden immer wieder als mögliche Folgen einer zu hohen Strahlenbelastung genannt.

Strahlungsmenge stark erhöht

Eine Studie der Consulting-Firma Sage Reports aus Kalifornien, die im Januar 2011 vorgestellt wurde, will jetzt genau diese übermäßige Strahlenbelastung belegt haben. Die drahtlosen Geräte, die von der Firma Pacific Gas & Electric Co (PG&E) in Kalifornien installiert werden, würden gegen die Sicherheitslimits der Federal Communications Commission (FCC) verstoßen, heißt es darin. Wohnungen, Häuser und Geschäfte, bei denen sogenannte "Collector Meter" angebracht werden, würden dieselbe Strahlungsmenge abkriegen, wie wenn sie sich direkt 60 Meter neben großen Sendemasten von Mobilfunkern befinden würden, heißt es in dem Bericht.

Diese „Collector Meter“ sammeln dabei die Daten von bis zu 5.000 intelligenten Stromzählern aus der Gegend drahtlos über bestimmte Frequenzbereiche ein und verteilen sie weiter. Im Gegensatz zu normalen Zählern haben sie dazu drei statt zwei eingebaute Antennen. Bei Strommessungen liegen die Frequenzen laut Angaben von PG&E bei 902 bis 928 MHz, für Gasmessungen bei 450 bis 470 MHz. Die Strahlungsbelastung sei dabei um ein Vielfaches höher als bei normalen Smart Metern, heißt es in der Studie.

Protest weitete sich aus

Der Bezirk Marin County ist mittlerweile der zweite in Kalifornien, der eine Verfügung gegen Smart Meter ausgesprochen

hat. 24 weitere Bezirke aus Kalifornien, darunter Santa Cruz und San Francisco, planen ähnliche Aktionen in naher Zukunft. Die Bürger von Marin County fühlen sich von der zuständigen Behörde CPUC im Stich gelassen und zu wenig über die tatsächlichen Probleme, die im Zusammenhang mit Smart Metern auftreten können, aufgeklärt.

Fälle, nachdem sich nach Einführung der neuen Zähler die Stromrechnungen durch fehlerhafte Messungen extrem erhöht hatten, waren keine Seltenheit. Auch zum Datensammeln sind die „intelligenten Geräte“ fähig. Wann wer wie viel Energie mit welchen Geräten verbraucht, kann erfasst werden und so Profile über die Stromkunden erstellt werden. Denn die smarten Geräte funken ja nicht einmal im Jahr die Zählerstände zu den Stromversorgern, sondern senden fast permanent.

Der Verbraucher ist skeptisch

Nur vier Prozent der Verbraucher in Deutschland würden Geld für einen marktüblichen Zähler ausgeben. Das geht aus einer Forsa-Studie des Bundesverbands der Verbraucherzentralen hervor. Dieser Studie zufolge würde sich nur ein Viertel der Befragten einen digitalen Stromzähler einbauen, wenn dieser wenig Kosten würde und hohe Stromeinsparungen ermöglichen würde. Hauptbedenken gegen digitale Stromzähler sind mögliche Tarifierhöhungen (71 Prozent) und mangelnder Datenschutz (59 Prozent). Auf Grund der vielen Mängel bis hin zu gesundheitlichen Bedenken wehren sich auch in Deutschland Verbraucher gegen die staatlich verordneten funkgesteuerten Stromwächter. Seit 2010 sind solche Smart Meter in Neubauten vorgeschrieben. Die Funksysteme strahlen durchs ganze Haus. Aber noch sind die Menschen in Deutschland nicht so radikal wie in Amerika: So blockierte eine Mutter die Straße, als zwei Lastwagen zur Installation von



Ausgedient: die analogen Stromzähler sollen zu digitalen Datensammlern werden und den Stromverbrauch zum Stromanbieter funken.

Smart Metern aufgebrochen waren. Bei Smart Metern sei die Strahlenbelastung höher als bei Handys, argumentiert die überzeugte Gegnerin. "Bei Handys kann man noch immer selbst entscheiden, ob man sich eines zulegt und wie lange man es am Tag in Betrieb hat. Smart Meter lassen sich jedoch nicht einfach abschalten, sie sind ständig in Betrieb."

Impressum

diagnose > FUNK

Herausgeber: Diagnose Funk Schweiz
V.i.S.d.P. Uwe Dinger
Giblenstraße 3
CH-8049 Zürich

Diagnose Funk Deutschland
Postfach 15 04 48
D-70076 Stuttgart
kontakt@diagnose-funk.org
redaktion@diagnose-funk.de
www.diagnose-funk.org

„Blinde Kälber sind kein Spiel“

Bestürzende Berichte und Bilder zweier Landwirte rüttelten die vielen Zuhörer auf

Großer Andrang herrschte beim Vortrag am 5.10.2010 von Hans Sturzenegger aus Winterthur/Schweiz. In dem voll besetzten Saal des Gasthofs Schneiderwirt in Nussdorf/ Inn im Landkreis Rosenheim berichtete der Landwirt den rund 200 interessierten Besuchern von seinem jahrelangen Kampf um den Abbau eines Mobilfunkmastes, den er 2006 gewann.

Es sei ihm lediglich um eine zusätzliche Einnahmequelle gegangen und von möglichen gesundheitlichen Risiken des Mobilfunks habe er damals nichts gewusst, begann Hans Sturzenegger seinen Bericht, als er 1999 seine Einwilligung zur Errichtung des Sendemastes auf seinem Anwesen gab. Heute wisse er, dass das ein fataler Fehler gewesen sei.

Bereits Anfang Juni 2000 sei das erste Kalb mit weißer Pupille zur Welt gekommen. Mitte Juni das zweite, dann das dritte. Nachdem im September 2001 7 Kälber und 3 Kühe geschädigt gewesen seien, habe er sich in seiner Not an die Universität Zürich gewandt. Diagnose: Grauer Star (Nukleärer Katarakt). Auch weitere gesundheitliche Schäden an Mensch und Tier seien in dieser Zeit festgestellt und durch die UNI Zürich dokumentiert worden, berichtete der Landwirt. Der gesamte Hof sei untersucht worden.

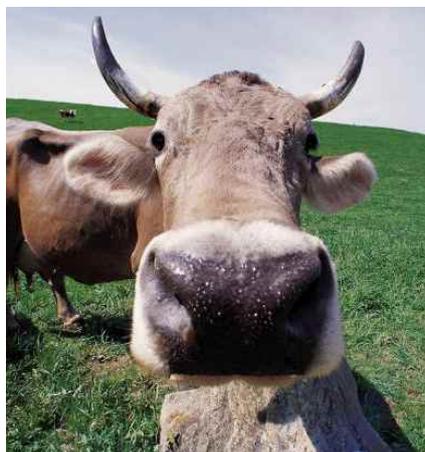
Einzige Möglichkeit Mobilfunkmast

Die UNI Zürich hatte herausgefunden, dass als einzig mögliche Ursache für die Erkrankungen der Tiere die Strahlung des nahegelegenen Senders in Frage komme. Sturzenegger machte den Besuchern das Angebot, dass sich alle Landwirte, die ähnliche Probleme hätten, bei ihm melden könnten. Er sammle die Daten und werte sie statistisch aus. (Kontakt und Praxisbericht: <http://diagnosefunk.org/erkennnisse/effekte-bei-kuehen>).

Dann appellierte er an die vielen anwesenden Kollegen, keinen Standort für Funkanlagen zur Verfügung zu stellen und sich nicht vom Geld beeindruckt zu lassen. Der Schaden wäre viel höher.

Weitere Landwirte mit Tierschäden

Im Anschluss an den Vortrag von Hans Sturzenegger berichtete der Landwirt und Schweinezüchter Josef Hopper über seine Erfahrungen mit einem Sendemast. Hopper kommt aus Ruhstorf, Landkreis Passau und ist dort 3. Bürgermeister. Lan-



ge habe er überlegt, ob er seine Problematik öffentlich vorstellt, so der Landwirt. Dass er sich doch dazu entschlossen habe sei deshalb, weil er anderen Kollegen damit Mut machen möchte.

Josef Hopper wurde beim Bau des 40,5 m hohen Mobilfunksendemastes in ca. 300 m Entfernung zu seinem Betrieb nicht gefragt.

Im ersten Jahr 15 Missbildungen

Die Auswirkungen der Strahlungen stelle er jetzt bei seinen Tieren fest, so der Landwirt. Bereits im ersten Jahr ab Errichtung des Sendemastes im Mai 2009 seien 15 missgebildete Tiere geboren worden. Ab Mai 2010 bereits 14, wobei das Jahr noch nicht zu Ende sei. So etwas könne er nicht, sagte Hopper. Vor Inbetriebnahme des Sendemastes habe er maximal 2 Missgeburten pro Jahr oder keine gehabt. Die Fotos der dokumentierten Missgeburten bestürzten die Besucher.

Auch in seinem Betrieb habe es tierärztliche Untersuchungen gegeben, bisher ohne genauen Befund. Für die notwendigen wissenschaftlichen Untersuchungen, so Josef Hopper, fehle ihm jedoch das Geld und bei der Politik habe er bisher kein Gehör gefunden. Er wisse auch, dass es anderen Landwirten ebenso gehe.

Beide Landwirte riefen abschließend dazu auf, sich zusammenzuschließen. Nur gemeinsam könne man sich bei der Politik und in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen. Dabei verwies Hans Sturzenegger auf den Kampf „David gegen Goliath“, um dann das Publikum zu fragen: Und wer hat bei diesem Kampf gewonnen?

Bericht: Diagnose-Funk, Landesverband Bayern

Diskussion um Einfluss von EMF auf Bäume und Pflanzen

Das Niederländische Magazin "Tuin & Landschap" (Garten und Landschaft) berichtet in seiner Ausgabe 23/2010 über ein Projekt zum Einfluss elektromagnetischer Felder auf Bäume und Pflanzen.

Untersuchungen, an denen u.a. die TU Delft, das nationale Forschungsinstitut TNO, und eine Arbeitsgruppe am Institut für Pflanzenzellphysiologie der Universität Wageningen beteiligt waren, seien zu dem Schluss gekommen, dass Emissionen von W-LAN Access Points negative Auswirkungen auf die Pflanzengesundheit haben. Offensichtlich bekam angesichts der Brisanz der Ergebnisse das staatliche Institut TNO kalte Füße. In einer Pressemitteilung distanzierte es sich von der Aussage, dass es einen kausalen Zusammenhang zwischen W-LAN Emissionen und Pflanzengesundheit gebe. Ein TNO Mitarbeiter sei zwar an der Diskussion der Projektergebnisse beteiligt gewesen, die nun veröffentlichte Schlussfolgerung eines ursächlichen Zusammenhangs zwischen W-LAN und Pflanzengesundheit werde explizit nicht vom TNO unterstützt und liege in der alleinigen Verantwortung der Universität Wageningen. Newsmeldung auf der Webseite von "Tuin&Landschap":

<http://www.tuinenlandschap.nl/nieuws/nieuws/3916/bomen-hebben-last-van-elektromagnetischestraling>

Ausführliche Informationen zur Auswirkung von EMF auf Pflanzen finden sich auf der Homepage www.puls-schlag.org. Bei Pulschlag können auch DVDs bestellt werden mit Dokumentationen und Vorträgen von Dr. Volker Schorpp zum Thema. Und in dem „Forschungsbericht Wirkungen elektromagnetischer Felder auf Pflanzen. Beobachtungen und Studien aus 80 Jahren“, verfasst von Dr. med. Cornelia Waldmann-Selsam, zum kostenlosen Download auf der Seite der Kompetenzinitiative:

www.broschuerenreihe.de

Einladung zur Ausladung

Thema wohl zu heikel. versteht Mappus denn noch nur Bahnhof?



Bild: Jacques Griesmeyer

Nicht offen für alle Bürgerthemen: Stefan Mappus (CDU)

Kurios, was Ministerpräsident Stefan Mappus, Landesvater von Baden-Württemberg, unter Einladungen zu Bürgerstunden versteht. Nachdem im Schwarzwälder Boten im September auf der Lokalseite Bad Dürkheim ausführlich über die Situation der dortigen Kliniken über die Strahlenbelastung durch drahtlose Internetverbindungen berichtet wurde, horchten Vertreter der Verbraucherschutzorganisation Diagnose-Funk vor Ort auf.

Klinikchefs diverser Häuser gaben in dem Artikel an, nichts von Studien gehört zu haben, welche gesundheitliche Gefahren aufzeigten. Ebenso mutmaßten sie, dass Elektrosensibilität ein „Angstphänomen“ sei. Vom geplanten Ausbau drahtloser Verbindungen wurde gesprochen. Der Biophysiker Leberecht von Klitzing warnte in dem Artikel vor Gesundheitsgefährdungen durch die Strahlenbelastung.

Auf der gleichen Zeitungsseite wurde angekündigt, dass Ministerpräsident Mappus tags darauf in eben jener Klinik auf Sommertour sei und interessierte Bürger eingeladen seien zu einem Gespräch über das Gesundheitswesen.

Anette Müller, Peter Rotzinger und Stephanie Richter (alle Mitglieder bei Diagnose Funk) nahmen diese Einladung an und hatten vor, sowohl der Klinikleitung, als auch dem Ministerpräsidenten eine aktuelle Liste internationaler Studien über die Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Felder persönlich zu überreichen.

Dazu kam es leider nicht. Vor der Klinik

(Mappus wurde noch erwartet) standen die Besucher und warteten. Wir kamen derweil mit Pressevertretern ins Gespräch, die reges Interesse an der Arbeit von Diagnose-Funk zeigten. Kurz darauf erschien der Ministerpräsident, die Besucher wurden nach Innen gebeten, nicht jedoch wir.

Der stellvertretende Landesgeschäftsführer der CDU Josef Müller erklärte, dass keine Einladung vorläge (obwohl wir uns vormittags telefonisch und namentlich bei der CDU Kreisgeschäftsstelle zum Termin angemeldet hatten und dieser bestätigt wurde).

Einen plausiblen Grund für die Ausladung der Einladung bei der Ablehnung von Josef Müller nicht erkennbar. Lapidar betonte er, es handle sich um eine Veranstaltung zu Fragen des Gesundheitswesens, Befragungen von Stefan Mappus dürften nur von einem erwählten Personenkreis durchgeführt werden. Laut Pressevertretern, die anschließend anwesend waren, wurden während der Veranstaltung jedoch die anwesenden Bürger dazu ermuntert, Fragen zum Gesundheitswesen zu stellen.

Danke, Herr Ministerpräsident und Landesvater von unserem schönen „Ländle“. Mit Ihrer Entscheidung zur Ausladung haben Sie ganz ohne Worte eine Stellungnahme abgegeben, in Sachen „Benimm“ obendrein dazu!

Bericht: Diagnose-Funk Landesverband Baden-Württemberg

EMF ist im Kreis Fulda ein Wahlkampf-Thema

Das Wahlkampf-Programm der GRÜNEN für die hessische Kommunalwahl am 27. März befasst sich unter anderem mit EMF und Glasfaser

Mehr Mitspracherecht für Bürgerinnen und Bürger sowie den beteiligten Kommunen bei der Standortwahl von Mobilfunksendeanlagen durch Bildung eines Beteiligungsverfahrens fordern die Fuldaer Kreistags-GRÜNEN.

Mehr Bürgerbeteiligung

Die mangelnde Bürgerbeteiligung bei der Mobilfunk-Planung sei ein zentrales Problem im Bereich Mobilfunk. Die Bürgerinnen und Bürger vor Ort erfahren erst dann von einem Mobilfunkmast, wenn dessen Bau unmittelbar bevorsteht. Dann sind die Positionen oft sofort derart verhärtet, dass eine Einigung oder die Auswahl eines alternativen Standortes schwierig bis unmöglich wird. Deshalb fordern die GRÜNEN ein Verfahren in dem die Gemeinde die Prüfung von Alternativstandorten von den Netzbetreibern verlangen kann. Bei einer funktechnischen Eignung und wirtschaftlicher Zumutbarkeit müsse die Alternativen umgesetzt werden. Ebenso werden positive Standortkonzepte gefordert.

Glasfaser statt Funk

Ferner fordern die GRÜNEN die Sicherstellung einer kabelgebundenen DSL-Grundversorgung durch Ausbau des Glasfasernetzes im Kreis Fulda. Viele Kommunen seien mit DSL noch deutlich unterversorgt, so die Fraktion, deshalb verwenden viele User UMTS, WLAN, Wimax und LTE, um das Internet nutzen zu können. Wenn aber eine sehr gute Vernetzung per Glasfaser vorhanden ist, werden weniger Funkverbindungen genutzt. Eine deutliche Reduzierung der Strahlenbelastung ist die Folge. Es bestehe ein direkter kausaler Zusammenhang zwischen minderwertiger DSL-Versorgung und der Strahlenbelastung. Die Forderung nach mehr Glasfaser-Lösungen ist zukunftsorientiert und entspricht dem Vorsorgeprinzip. So deutlich hat das im schwarzen Fulda noch keine Partei formuliert.

Elektrosensibilität:

Vorbemerkung: Sie leben unter uns, Menschen, die Kopfweh, Erschöpfungszustände, Schlaflosigkeit oder Herzrasen durch elektromagnetische Felder von Antennen, Handys, DECT-Telefonen oder WLAN bekommen. Gehen sie zu einem Arzt, werden sie oft als psychisch krank eingestuft. Bei Nachfragen stellt sich schnell heraus, dass die Ärzte sich mit diesem Thema gar nicht gründlich befasst haben, oft Argumente der Mobilfunkindustrie wiedergeben. In Schweden wird Elektrohypersensibilität als Behinderung anerkannt, in mehreren Bundesstaaten in den USA wird durch Proklamationen der Gouverneure auf diese Krankheit durch „Monate der Elektrosensibilität“ aufmerksam gemacht. Viele Menschen bei uns wissen aber gar nicht, dass ihre Symptome auch vom dauerstrahlenden DECT-Telefon oder Handymasten kommen können. Ein Elektrosensibler aus Stuttgart hat den folgenden Brief an die Bundeskanzlerin Merkel geschrieben.

Bitte schreiben Sie doch auch einmal Ihrer Kanzlerin und schildern Sie Ihre Bedenken und, falls Sie Elektrohypersensibel sind, auch Ihre Symptome.

Brief an die Kanzlerin

Die Bundeskanzlerin antwortet einem Elektrosensiblen (nicht)

Stuttgart, 7. September 2010
Bernd Fischer (Name geändert)

Elektrosmog und Funkwahn

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sicherlich ist Ihnen das Thema Elektrosmog und Elektrosensibilität hinreichend bekannt. Als Bürger und selbstständiger Steuerzahler in Stuttgart wende ich mich an Sie persönlich mit der Bitte um Hilfe und der Aufforderung einzuschreiten. Ich gehöre zur Gruppe der Elektrosensiblen, die heute mit ca. 1 bis 5 % der Bevölkerung eingeschätzt wird und werde mehr und mehr "aus dem Leben" gedrängt. Wenn Sie über lange Zeiträume nicht mehr richtig schlafen können und nur noch einen kurzen Erschöpfungsschlaf kennen, bekommen Sie Zweifel, wie lange dies noch durchzustehen ist.

Meine Symptome sind neben den Schlafstörungen auch Kopfschmerzen, Kopf-

druck, ein permanentes Ohrsurren/ Ohrpfeifen und eine neue Form von kaltem Schweiß. D.h. man friert und schwitzt gleichzeitig, so ähnlich wie man dies bei Erkältungen und Fieber kennt. Enorme Erschöpfungszustände sind die unausweichliche Folge.

Dies lässt sich teilweise konkret im direkten Sendebereich von Funkmasten erkennen. Z.B. habe ich heute morgen erneut versucht, einen Spaziergang im Wald unterhalb des Fernmeldeturms zu machen, was mich komplett durchgeschwitzt gemacht hat, obwohl es eher kalt ist und ich bestens konditioniert bin, da ich täglich viel und auch anstrengend mit meinem Hund spazieren gehe. Es kann doch nicht sein, dass „das macht nichts“ weiterhin behauptet wird.

Um dies noch weiter zu verdeutlichen: am letzten Wochenende habe ich etwas außerhalb (in der Hoffnung auf eine Fluchtmöglichkeit) ein Haus mit einer Maklerin besichtigt. Bereits beim Eintreffen habe ich gespürt, dass "etwas nicht stimmt" und reichlich Elektrosmog da ist, obwohl das Haus relativ frei gegenüber einem Bauernhofes steht. Ich war nie zuvor dort und fragte die Maklerin, wo denn die nächste Mobilfunkantenne sei. Sie wusste es nicht und am Ende des Termins ging ich selbst noch um den Hof. Dort sah ich dann am Futtersilo reichlich Mobilfunksender und meine Empfindung bestätigt.

Ich habe also nicht nach dem visuellen Erkennen von Sendemasten reagiert, sondern ohne Ortskenntnis klar gespürt, dass etwas falsch ist.

Ein weiteres Beispiel: wir waren mit der Familie in einem Dorfgasthaus in einem kleinen Weiler auf der schwäbischen Alb und gleich nach dem Eintreffen ging es mir so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Ich war nie zuvor an diesem Ort und hatte keinerlei Ortskenntnis (Und Mobiltelefone benutzt in unserer Familie niemand mehr, die dies hätten beweisen können). Spürbar war nur, dass ich mich endlich entspannen konnte und am liebsten wäre ich dort für den Rest meines Lebens geblieben. Wenige Tage später sprach ich zufällig mit einer Dame aus einem Nachbarort, die mir sofort bestätigen konnte, was ich so klar wahrnehmen konnte - es wäre eines der letzten Funklöcher auf der schwäbischen Alb mit keinerlei Mobilfunkempfang geplatzt. Alle meine



Foto: Uta Herbert, pixelio.de

Beschwerden waren innerhalb einer halben Stunde weg. Diese beiden Beispiele sollen nur verdeutlichen, dass ich mir nichts einbilde, sondern im Gegenteil seit vielen Jahren versuche, mich nicht in etwas reinzusteigern. Aber der Punkt ist längst gekommen, wo ich so nicht weiterleben kann; und nachdem ich genau weiß, dass die Verantwortlichkeiten im Land ja geschickt hin und her geschoben werden, nehme ich diese Email als offizielle Mitteilung an die Sie als oberste und verantwortlichste Person dieses Landes, die Dinge sofort zu ändern:

- **Senken Sie die Grenzwerte drastisch**
- **Schaffen Sie Schutzgebiete**
- **Fördern Sie ausschließlich Investitionen in Kabelnetze**
- **Streichen Sie die ignorante Forderung nach einer 100%igen Netzabdeckung per Funk sofort**
- **Geben Sie Menschen mit Elektrosensibilität eine Existenzmöglichkeit mit Zukunft**

Der Staat muss aufhören, wissentlich die Gesundheit und Lebensgrundlagen der Bürger zu zerstören und ich bitte Sie und fordere Sie auf, Abhilfe zu schaffen. Die Bürger sind in diesem Land im Grundgesetz mit einem eindeutigen Schutz versehen. Dies wird von Ihnen seit vielen Jahren wissentlich missachtet und Sie persönlich

machen sich mit allen Beteiligten zu gleichen Teilen schuldig, solange Sie nicht dagegen einschreiten. Es gibt genügend Informationen, wissenschaftliche Studien (die unter Verschluss gehalten werden), Vereinigungen, Bürgerinitiativen, Warnungen und Appelle von Medizinerinnen die ein unverzügliches Handeln fordern. Dies würde es in dieser steigenden Anzahl nicht geben, wenn hier nicht höchst akuter Handlungsbedarf bestehen würde.

So kann es nicht weitergehen - auch diejenigen, die schon bewusst darunter leiden, haben ein Recht auf ein freies Leben und können sich nicht in Erdlöchern vergraben. Sind sie doch nur die Spitze des Eisbergs - denn keine Symptome zu haben, heißt ja überhaupt nicht, dass es so unbedenklich ist, wie behauptet wird.

Es gibt immer Menschen, die es zuerst trifft, bevor die Masse etwas wahrnimmt und Handlungsbedarf erkannt wird: Ich hatte im Sommer 2003 heftige Hautirritationen und Asthma und war bei vielen Ärzten und auch im Krankenhaus und habe um Hilfe gebeten, weil ich davon ausgegangen war, dass es sich um eine Reaktion auf Raupenhaare handelte. Ich wurde verlacht und mit Antibiotika therapiert.

Schon merkwürdig, dass heute bei einem roten Pünktchen auf einem Kinderarm die Feuerwehr ausrückt und ganze Wälder gesperrt werden. Weil man jetzt nach vielen Jahren erkannt hat, dass Eichenspinner-

raupen lebensgefährlich sind. Sie sind als Bundeskanzlerin verpflichtet voraus zu denken und nicht dem Mainstream hinterherzulaufen. Sie persönlich sind zu allererst einmal dem Schutz der Bürger verpflichtet und sich für das Wohl der Bürger einzusetzen. Ich fordere Sie auf und bitte nochmals ausdrücklich darum, eine umgehende Änderung dieses unhaltbaren Zustandes in Deutschland zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen

Bernd Fischer

Die Antwort

Für ihre Antwort hätte Frau Merkels Sachbearbeiterin in der Schule die Note 6 bekommen: Thema verfehlt. Mit keinem Wort geht sie auf den Inhalt des Briefes ein, sondern verwendet altbekannte Textbausteine. Das Deutsche Mobikfunkforschungsprogramm hätte nachgewiesen, dass Mobilfunk keine Gesundheitsschäden auslösen könne, und überall würden die Grenzwerte eingehalten. So wird einmal mehr menschenverachtend für den Profit gelogen. Im DMF beschäftigte sich keine Forschung mit medizinischen Ursachen der Elektrosensibilität, und die Grenzwerte haben nichts mit der Biologie des Menschen zu tun. Elektrosensibilität darf es nicht geben, weil damit der Profit der Mobilfunkkonzerne gefährdet wäre.

iPhone-Nutzung: Bei Nebenwirkungen fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker

Lesen Sie auch das Kleingedruckte

iPhone-Nutzer, aber auch Nutzer anderer Mobiltelefone, sollten unbedingt die wichtige Produktinformation ihres Mobiltelefons ganz genau lesen. Wir geben hier ein paar Auszüge aus der Gebrauchsanweisung von Apple wieder:

Lesen Sie zu Ihrer eigenen Sicherheit die folgenden Sicherheitsrichtlinien und Nutzungshinweise, bevor Sie das iPhone verwenden.

(...) Befindet sich das iPhone beim Telefonieren oder bei der drahtlosen Datenübertragung in einem Funknetz in der Nähe des Körpers, achten Sie darauf, dass das iPhone mindestens 15 mm vom Körper entfernt ist. Verwenden Sie ausschließlich Etais, Gürtelclips oder Halterungen, die keine Metallteile besitzen und einen Mindestabstand von 15 mm zwischen iPhone und Körper gewährleisten. (...)

(...) Personen mit Herzschrittmachern beachten bitte Folgendes:

- Achten Sie darauf, dass das iPhone immer weiter als 15 cm vom Herzschrittmacher

entfernt ist, wenn das Mobiltelefon eingeschaltet ist.

- Tragen Sie das iPhone nicht in der Brusttasche.
- Verwenden Sie beim Telefonieren das vom Herzschrittmacher abgewendete Ohr, um mögliche Interferenzen zu vermeiden.

(...) Bei der Benutzung des am Körper getragenen iPhone kann die SAR-Messung die FCC-Richtlinien überschreiten, wenn der Abstand zwischen iPhone und Körper weniger als 15 mm beträgt (etwa wenn sich das iPhone in Hemd- oder Hosentasche befindet).

Wenn Sie dennoch Bedenken wegen möglicher Einflüsse von HF-Energie haben, sollten Sie die Zeit einschränken, während der Sie das iPhone nutzen, da der Zeitfaktor eine Rolle dabei spielt, wie stark die Belastung einer Person durch HF-Energie ist. Achten Sie zudem darauf, eine Freisprechanlage zu verwenden und einen möglichst weiten Abstand zum iPhone einzuhalten, da die Belastung mit steigender Entfernung deutlich sinkt. (...)



Lars Mikloweit/Danny König@pixelio

Das iPhone schön vorsichtig benutzen.

SAR ist die Abkürzung für „Spezifische Absorptionsrate“- Einheit. Sie ist die physikalische Größe und das Maß für die Absorption von elektromagnetischen Feldern in biologischem Gewebe. Weitere Informationen und Empfehlungen zum Umgang mit Funktechnologie finden Sie auf unserer Webseite.

Gemeindeverwaltung misstraut Mobilfunkbetreiber

AICHWALD/Esslingen. Im Ortsteil Schanbach der Gemeinde Aichwald im Kreis Esslingen nahe Stuttgart sorgt eine höchst aktive Bürgerinitiative für Wirbel. Und nicht nur die Initiative. Weil sie den Aussagen des Mobilfunkkonzerns O2 mittlerweile immer weniger traut, will die Gemeinde Aichwald herausfinden, wie es um die Glaubwürdigkeit des Unternehmens steht. So soll nun ein Gutachter eine Mobilfunkkonzeption für den Ort erstellen und technisch begründete Aussagen des Konzerns prüfen. O2 lehnte sämtliche Alternativstandorte für einen Sendemast ab, den es im September im Ortsteil Schanbach in unmittelbarer Nähe einer Schule – wegen Bürgerprotesten teils unter Polizeischutz – bereits aufgestellt hat. Aufgrund des Druckes durch massive Bürgerproteste und der Kritik aus der Kommune hatte das Unternehmen zugesagt, Standortalternativen zu prüfen. Der Bürgermeister: "Wir haben den Eindruck, dass bei denen nie ein ernsthaftes Interesse daran bestand, den Mast wirklich zu versetzen." Die Bürgerinitiative sammelt Spenden, um den Demonstranten zu helfen, ihre Anwälte zu finanzieren und demonstriert jeden Montag vor dem Gebäude, auf dem der Sendemast strahlt.

Katholische Kirchengemeinde kündigt Mobilfunkverträge

SCHWÄBISCH GMÜND. Im Ortsteil Herlikofen der Stadt Schwäbisch Gmünd kam der Durchbruch. Über viele Jahre dauerte der beharrliche Kampf der Bürgerinitiative gegen Sendeantennen von Vodafone und Telekom im örtlichen Kirchturm der katholischen St.Alban-Gemeinde. Unzählige Briefe an verschiedene Instanzen der Amtskirche, insbesondere an den Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, gingen voraus. Der vorherige Kirchengemeinderat begann bereits, sich mit der aktuellen Studienlage zu befassen, hiess es in einem ausführlichen Beitrag im örtlichen Amtsblatt bei der Kirchengemeinde. Der jetzige Rat stellte sich schon in der ersten Sitzung nach seiner Konstituierung dem Thema, da der Sendebetrieb „seit nunmehr zehn Jahren den Ortsfrieden in Herlikofen beeinträchtigt hat“. Die Initiative schrieb in einem Brief an den Bischof: „Verantwortung verlangt nun einmal Sachkenntnis, Einsicht und daraus folgendes Handeln“.

Demo wurde durch das Landratsamt ignoriert

NEUBEUERN/Bayern. Vor dem Landratsamt im Bayerischen Rosenheim versammelten sich rund 70 Protestierende, um ihren Unmut über das Gerichtsurteil zur Baugenehmigung eines 35 Meter hohen O2-Mobilfunkmastes in Neubeuern deutlich zu machen. Die ‚Bürgerinitiative Funkbewusstsein‘ rief dazu auf und sammelte in nur 3 Tagen 2.000 Unterschriften. Diese wurden sie im Landratsamt allerdings nicht los. Die Kundgebungsrede („Wo bleibt die Vorsorgepflicht und die Verantwortung der Politik?“) wurde – im Gegensatz zu interessierten Passanten – von den Amtsmitarbeitern ignoriert. Die Initiative informiert gemeindeübergreifend über Mobilfunk und will darüber aufklären, was politische Entscheidungsträger nicht bewegen oder bewegen müssten. Gegenüber Medien betonte die BISP-Sprecherin: "Wir verlangen Aufklärung und Information. Wir wollen, dass die festgeschriebenen Grenzwerte nicht von Lobbyisten der Industrie, sondern von unabhängigen Ärzten und Biologen definiert werden. Wir fordern den Baustopp neuer Sendemasten“.

Gemeinderat verärgert wegen Geheimhaltungspflicht

LOHKIRCHEN/Bayern. In Bayern ist derzeit die Diskussion um den Digitalen Behördenfunk BOS – der sogenannten ‚Blau-lichtorganisationen‘ – besonders akut. So auch in der Gemeinde Lohkirchen (Landkreis Mühldorf am Inn). Der örtliche Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung des alten Jahres den Bescheid der Regierung von Oberbayern über die Zustimmung eines Antennenstandortes zur Kenntnis. Erneut sprach sich das Gremium gegen die Errichtung des Funkturmes aus. Ein Vertreter des Bayerischen Gemeindetages bemerkte auf Anfrage der Verwaltungsgemeinschaft, zu der Lohkirchen zählt, dass in allen 16 Bundesländern der Digitalfunk aufgebaut würde und Bayern nicht ausscheren könne. Übereinstimmend betonten hingegen sämtliche Gemeinderäte, dass ihnen die vorausgegangene Geheimhaltungspflicht „ein Dorn im Auge“ gewesen sei. So war der Eindruck entstanden, man würde der Errichtung des Basisstandortes zustimmen. Auch sei man verärgert darüber, dass man vor vollendete Tatsachen gestellt worden war.



Demonstration vor einer Schule in Lyon

Sie möchten Mitteilungen und Aktionen Ihrer Bürgerinitiative hier veröffentlichen?

Dann mailen Sie Texte und Bilder an: redaktion@diagnose-funk.de

Veranstaltung brachte TETRA-Zahlen auf den Tisch

DEGGENDORF/Bayern. Bei einer Veranstaltung zum Thema TETRA / BOS-Digitalfunk in Deggendorf standen sich Bürgerproteste und nacktes Zahlenwerk gegenüber. Vor laufender Fernsehkamera äußerten sich Vertreter der ‚Interessengemeinschaft Strahlenfreies Deggendorf‘, Netzbauunternehmen und amtlichen Vertretern, auch des Bayerischen Innenministeriums. Konkret wurde ein geplanter 50-Meter-Sendemast nahe Deggendorf ins Visier von Bürgern genommen. „Donaublick statt Strahlenfabrik“ stand auf einem Schild inmitten von ca. 400 Besuchern und restlos gefüllten Vortragssaal. Insgesamt 8 Sendemasten seien im Landkreis Deggendorf geplant, 945 in ganz Bayern. 33 Mio. Euro pro Jahr sollen allein die Betriebskosten des Digitalfunks Bayern, dessen Betrieb 2013 starten soll, betragen.

Sendemast in Kindergarten-Nähe löst Protest aus

UFFING/Bayern. Die Gemeinde am Stafelsee im bayerischen Voralpenland erlebte großen Widerstand gegen einen geplanten Mobilfunk-Standort, der 400 m von einem Kindergarten entfernt liegt. Bürger hatten sich in eine Unterschriftenliste eingetragen. „Die Kinder halten sich nahezu täglich in dem Wald unmittelbar um den geplanten Antennenstandort zum Spielen auf“, schrieben die protestierenden Eltern an den Gemeinderat. Denn diesen sehen sie in der Verantwortung. Abgesehen von Wertminderung betroffener Grundstücke wirft man die Frage auf, „in wie weit es überhaupt wichtig ist, dass Uffing optimal mit Mobilfunk versorgt ist. Genügt nicht eine ausreichende Versorgung?“

Petition – Initiative gibt nicht auf

NEULINGEN/ Baden-Württemberg. Im Neulinger Ortsteil Nussdorf im Kreis Pforzheim in Nordbaden konnte die seit 2009 aktive ‚Initiative für verantwortungsbewussten Umgang mit Mobilfunk‘ (IVUM) einen Sendemastbau nicht verhindern. Noch im November 2009 titelte die Pforzheimer Zeitung „Kein Mobilfunk-Mast in Nussbaum“. Das Landratsamt habe den Bauantrag abgelehnt, nachdem die Bürgerinitiative gegen den Sendemasten

mobil machte und Gespräche mit Politik und Verwaltung in Gang kamen. Doch die Bürgeraktion gibt nach der im Juli 2010 erfolgten Baugenehmigung nach wie vor nicht auf. Die Bürgeraktion sammelte Hunderte Unterschriften und reichte beim Landtag eine Petition ein. Auch die Gemeinde Neulingen schlug sich auf die Seite der Bürgerinitiative.

Mobilfunkkonzept und Teilflächennutzungsplan soll Verdichtung verhindern

SCHLÜCHTERN/Hessen. Die Initiative ‚Mobilfunksenderfreie Wohngebiete Schlüchtern e. V.‘ kämpft seit Mitte Mai 2010 gegen die geplante UMTS-Nachrüstung an einem bestehenden GSM-Standort. Der Bürgermeister im Hessischen Schlüchtern Fritzsch (südwestlich von Fulda gelegen) hatte bereits Zustimmung gegeben. Das Mobilfunkkonzept der Stadt Schlüchtern – bearbeitet vom ‚EMF Institut Dr. Nießen‘ – sieht vor, dass der Mast an der ‚Alten Hohenzeller Straße‘ nach und nach abgebaut und nicht aufgestockt werden soll. Der Alternativstandort ‚Hohenzeller Wald‘ läge weiter von den Wohngebieten entfernt und bewirke durch seine höhere Standortlage geringere Belastung. Zum Alternativstandort seien zudem keine funktechnischen Bedenken des Netzbetreibers bekannt. Ein im Auftrag der Initiative tätige Rechtsanwalt stellte fest, dass ein Teilflächennutzungsplan die Montage am unteren bestehenden Standort unteren Mast verhindern könne, falls E-Plus nicht den Wünschen der Stadt nachkomme. Nun soll der Anwalt den Bürgermeister umstimmen.



EMF-Infoveranstaltung war gut besucht

FLIEDEN/Hessen. Die Infoveranstaltung des Vereins mowo zum Thema „Macht Mobilfunk krank“ war gut besucht. Der Referent Mathias Engelbrecht konnte die Zuhörer mit seinem umfangreichen Wissen überzeugen.

DSL muss noch warten im Landkreis Fulda

FLIEDEN/ Hessen. Das Breitband-Projekt des Regionalforum Fulda Südwest, per Richtfunk sechs Ortschaften im Landkreis Fulda mit DSL zu versorgen, ist vorerst gescheitert. Das ausführende Unternehmen musste Konkurs anmelden. Nur für die heimischen Kommunalpolitiker war dies eine Überraschung, auch wenn sie es nun anders darstellen.

Der Verein Mobilfunksenderfreie Wohngebiete Flieden e.V. hatte mehrmals zuvor über die unzureichende Finanzdecke des Unternehmens alle Entscheidungsträger informiert, die Aussagen traf aber immer auf taube Ohren, so der Vorsitzende Markus Hofmann. Selbst als abzusehen war, dass die Firma ihren Verpflichtungen nicht nachkommen könne, hatte der zuständige Regionalmanager behauptet, die finanzielle Lage sei gut. Andere Gemeinden und ganze Landkreise hatten sich frühzeitig andere Vertragspartner oder gar ganz andere Lösungen gesucht (siehe Landkreis Rhön-Grabfeld in diesem Heft), nur das Regionalforum Fulda Südwest mit seinen sechs Gemeinden hielt in Nibelungen-treue am Vertrag fest und steht jetzt dafür ohne DSL-Versorgung da. Nach einem Jahr Planung und Installation besteht das Projekt aus ein paar ausgehobenen Gruben neben den Kabelverzweigern, toten Schaltkästen und leeren Versprechungen. Aber: „Schadenfreude ist hier fehl am Platz“, so der mowo-Vorstand Hofmann, denn die Menschen stünden immer noch ohne schnelles DSL da. Für Flieden eigentlich absurd, weil keine 1000 Meter zur Ortsgrenze eine Glasfaserleitung zwischen Frankfurt und Fulda verläuft.

Bürgermeister Winfried Kress hat nun eine weitere Anfrage bei der Telekom gestartet und erwartet bis Mitte Februar auf Antwort. Kress nennt aber schon jetzt die Forderungen der Telekom horrend, ohne genaue Zahlen zu kennen.

„Nach den Richtlinien des hessischen Wirtschaftsministeriums ist der Ort Flieden nicht förderfähig, weil Flieden seit zwei Jahren mit WLAN-Richtfunk der Firma OR-Network versorgt wird“, so Hofmann. Mit dieser Versorgung, die in der Regel um 1 Mbit/s liegt, ist aber auch Bürgermeister Kress nicht zufrieden.

Das Unternehmen Unimedia versorgt einen Teil der Gemeinde, weigert sich aber, weiter zu verkabeln. Eine vertrackte Situation in Flieden zum Leidwesen der Bevölkerung. Der Verein mowo kämpft weiter für eine erdgebundene DSL-Versorgung im Kreis.

Verfall und Verteidigung der Demokratie im Mobilfunkstaat

Vortrag für den 2. Internationalen baubiologischen Kongress Oktober 2010
Prof. Karl Richter

Alter ist die Zeit der Erinnerung – bevor man vergesslich wird. Mit meinen 73 Jahren kann ich mich noch gut an Kriegs- und Nachkriegszeit erinnern. Wir mussten uns zuweilen in die Keller zurückziehen, wurden schließlich enteignet und vertrieben. Das schmerzt noch immer, aber ich kann es als Wirkung des Krieges einordnen. Aber geradezu gespenstisch berührt mich, wenn ich heute immer häufiger beobachte, dass sich Verwandtes in Zeiten des Friedens im Gefolge der Mobilfunkpolitik wiederholt: Menschen leben in Kellern oder Wohnwagen; sie sehen sich gezwungen, ihre Häuser zu verlassen; ihr Eigentum wird bis zur Unverkäuflichkeit abgewertet. Nach der Erfahrung einer Diktatur habe ich die Einführung der Demokratie als kostbares Geschenk empfunden.

Heute habe ich immer häufiger das Bedürfnis, führende Politiker zu fragen: Was habt ihr mit diesem Geschenk gemacht?

I. Die Aushöhlung der Demokratie im Gefolge der Mobilfunkentwicklung

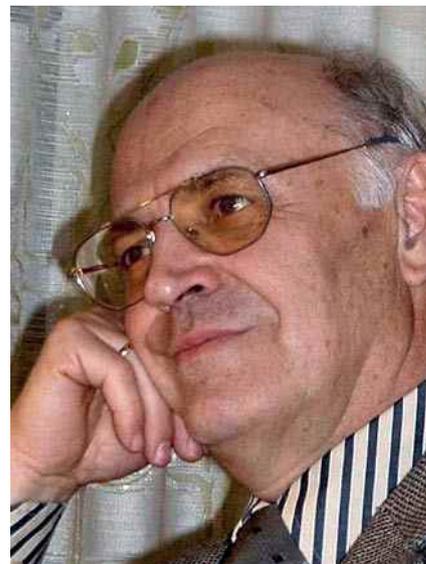
1. Erfahrungen in einer Modellregion des Mobilfunks

Seit nun schon einem Jahrzehnt gilt mein besonderes Interesse den Wirkungen elektromagnetischer Felder auf die gesamte Biologie des Lebens. Doch schon bald haben mich auch die Folgen der Mobilfunkentwicklung für die Demokratie interessiert. In unserem kleinen Saarland fand ich dafür ein nahezu ideales Beobachtungs- und Trainingsfeld. Die Regierung hatte stolz verkündet, das Land zu einem „Musterland des Mobilfunks“ machen zu wollen. Der Wirtschaftsminister, der für die Mobilfunkpolitik zuständig war, warb für ein „Saarland unwired“. Die Politik vertraute einem Physiker und Messtechniker, der mit einem kostspieligen Messkataster nachwies, wie gut geltende Grenzwerte allenthalben eingehalten und sogar deutlich unterboten werden. Alles, was wir beobachteten, schien ihm Ausdruck psychischer Störungen; und gelegentlich verstieg er sich zu der Aussage, Antennen auf Kindergärten seien besser als solche daneben – als ob es nur die Wahl

zwischen diesen beiden Alternativen gäbe. Und der Gesundheitsminister unterstützte ihn mit einer Aufklärungsbroschüre, die versicherte, dass wir Menschen gegenüber elektromagnetischer Strahlung „weniger störanfällig“ seien als Maschinen.

Wir haben ein Bündnis saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk gegründet. Wir holten Frau Dr. Waldmann-Selsam ins Land, deren Gutachten für drei Antennenstandorte und fast 40 Bewohner beunruhigende Beobachtungen beschrieben. Wir zeigten den Gesundheitsminister an, zumal es Indizien gab, dass er die Gesundheitsämter angewiesen hatte, sich um Gutachten und Beschwerden nicht zu kümmern. Und in Offenen Briefen warfen wir ihm, zwei weiteren Ministern und dem Ministerpräsidenten des Landes im Sommer 2006 vor, dass sich ihre Mobilfunkpolitik im Licht unabhängiger Forschung massenhaft der Beihilfe zu fahrlässiger Körperverletzung und Tötung, auch sonst eines unverantwortlichen Umgangs mit der Wahrheit, mit Bürgern und ihrem demokratischen Gemeinwesen schuldig mache. Die Antwort wies die Vorwürfe als „haltlose Bezeichnung“ zurück. Sie berief sich auf die Übereinstimmung mit - nicht näher definierten - Expertengremien und schränkte die Aufgabe einer deutschen Landesregierung wie folgt ein: „Den Bundesländern obliegt lediglich die Überwachung der Einhaltung der Grenzwerte. Auch im Saarland werden diese eingehalten und in den allermeisten Fällen nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft“ (Abteilung Gesundheit und Verbraucherschutz, 20.7.06, Az. G 5/24095.45-142).

Wir fragten öffentlich, ob ein hoch verschuldetes Land zu einer so bescheidenen Aufgabenbestimmung einen eigenen Gesundheitsminister oder gar eine ganze Regierung braucht. Doch gerade auch die Vorstellung, dass die Einhaltung der Grenzwerte ein zureichendes Kriterium landestypischer Sicherheitsphilosophie sei, wurde uns zunehmend zu einem Problem für das Funktionieren auch unseres föderalen Systems. Die Vertreter der Landesregierung zogen sich regelmäßig auf die Grenzwerte und die dafür gegebene Verantwortung des Bundes zurück. Als



Professor Karl Richter

wir umgekehrt Bundesumweltminister Gabriel während eines Besuches im Land fragten, ob er den mathematisch-physikalisch ausgerichteten saarländischen Verbraucherschutz für angemessen halte, verwies er uns wiederum auf die diesbezügliche Zuständigkeit des Landes. Die zirkuläre Argumentation im Verhältnis von Bund und Land entsorgte den Verbraucherschutz in einem leer laufenden Verschiebehof der Verantwortlichkeiten.

In seinem Buch Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung – am Volk vorbei (2000) kritisiert der bekannte Jurist Hans Herbert von Arnim die spezifisch deutsche Ausprägung des Föderalismus: „Die Auflösung der Verantwortlichkeit ist [...] nirgendwo so extrem wie im Föderalismus spezifisch deutscher Prägung.“ (Vorwort zur Taschenbuch-Ausgabe 2002). Die Mobilfunkpolitik unseres Bundeslandes hatte uns genau diese Auflösung der Verantwortung eindrucksvoll bewiesen. In unserem Buch Kommerz, Gesundheit und demokratische Kultur (2005) beschrieb ich auf 100 Seiten unser „Musterland des Mobilfunks“ auch als Musterland einer „verwilderten Demokratie“ – wie es im Untertitel des Beitrags hieß. Ein mit mehreren kleineren Parteien zusammen verfasster Saarland-Appell

betonte außer den gesundheitlichen Risiken auch die sozialen Erfahrungen. Er wurde – auf Antrag der Grünen – zum Auslöser einer Landtagsdebatte, der ich unerkannt beiwohnen konnte. Die Spitzenleistung der dabei beobachteten Bürgernähe, die das Regierungsprogramm verkündet hatte, war das Argument eines Abgeordneten, dass wir mit unserer Kritik die Demokratie gefährden. Ich habe mehrere Tage und Nächte gebraucht, bis ich mich von dem beobachteten Informationsniveau und Demokratieverständnis von Volksvertretern erholt hatte. Danach hatte ich das Land innerlich aufgegeben und beschlossen, wenn nicht nach Grönland auszuwandern, so doch mehr in überregionalen Kontexten zu arbeiten – was gegenwärtig überwiegend geschieht.

Aber gerechter Weise muss ich aus heutiger Sicht feststellen, dass sich noch in der Zeit der CDU-Regierung und ihrer absoluten Mehrheit eine gewisse Wende vorbereitet hat, die sich inzwischen in die Jamaika-Ära hinein fortsetzt. Nach dem Abgang einiger Hardliner sind konstruktive Kontakte zu mehreren Ministerien möglich geworden. Vertreter der Kompetenzinitiative und unseres Bündnisses saarländischer Bürgerinitiativen Mobilfunk konnten drei Ministern unsere Broschüren überreichen und sie in Kurzreferaten über den von uns vertretenen Stand unabhängiger Erkenntnis informieren. Verwandtes gibt es vereinzelt auch auf der Ebene der Kommunen. Die Bitte um eine Anhörung auch im Landtag begegnet nicht nur Bremsern. Vielleicht haben die Jahre einer kompromisslosen Konfrontation die deutliche Wende der Dinge ja vorbereitet. Was sie bringen kann, wissen wir noch nicht, was wir wollen schon: Wer ein „Musterland des Mobilfunks“ propagiert, sollte dies auch hinsichtlich der Risikoforschung anstreben. Und er sollte sich in musterhafter Weise auch für die Weiterentwicklung schonenderer Techniken schnurloser wie schnurgebundener Kommunikation engagieren, die in Deutschland bisher weitestgehend verschlafen wird.

2. Von der Demokratie der Bürger zur Diktatur der Industrie

Die Beteiligung an einer Tagung und einem 2006 erschienenen Band Mobilfunk, Mensch und Recht des Österreichischen Instituts für Menschenrechte bot mir vielfältige Anregungen, meine Demokratiekritik ins Grundsätzliche zu erweitern. Ich sehe sie heute auch in einem weiten geschichtlichen Kontext. Die moderne Demokratie und die europäische Menschenrechtskonvention wurzeln im Gedankengut der europäischen Aufklärung,

der amerikanischen Erklärung der Menschenrechte von 1776 sowie der Französischen Revolution von 1789. Gemeinsam haben diese Ereignisse die Vorstellung von naturgegebenen Menschenrechten und die Botschaft von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit auch zum Fundament der Demokratie gemacht. Im Zuge der Mobilfunkentwicklung und anderer Funk-Techniken haben Regierungs- und Kapitalmacht diese geschichtlichen Errungenschaften für immer mehr Menschen drastisch eingeschränkt. Nominell freien Menschen werden Antennenabstände aufgezwungen, die bei einer ungeschönten Kenntnisnahme des Forschungsstandes unverantwortlich sind. An die Stelle der Brüderlichkeit ist ein menschenfeindliches Verfügen von Menschen über Menschen getreten. Die Gleichbehandlung der Bürger wird geradezu verhöhnt, wenn immer mehr unbeteiligte Dritte für die Profite der Geschäftemacher einen hohen Preis bezahlen müssen:

- mit gesundheitlichen Beschwerden, die die Schulmedizin in der Regel weder richtig einordnen noch therapieren kann;
- mit oft hohen Kosten anschließender Wege und Irrwege der Therapiesuche;
- mit kostspieligen Versuchen sich zu schützen;
- mit Wertminderungen der Immobilien;
- mit schwer kalkulierbaren Langzeitrissen, für die keiner der Verantwortlichen aus Industrie, Politik und Wissenschaft, der Bürgern die Harmlosigkeit der Funk-Techniken versichert, haften will.

Das alles ist nicht Folge und Ausdruck demokratischer Marktwirtschaft, sondern kapitalistischer Ausbeutung in Reinkultur. Sie hat aus Bürgern, die das eigentliche Subjekt der Demokratie sein sollten, ein Objekt und Opfer kommerzieller Interessen und staatlicher Freilandversuche gemacht, sie zur Ware degradiert. Das aber ist nicht nur ein gesundheitlicher und materieller, sondern auch ein hoher gesellschaftlicher Preis.

II. Was wir für die Gesundung einer kranken Demokratie tun können

Ich habe den Weg meiner kritischen Auseinandersetzung in einigen knappen Linien beschrieben. Aber Kritik macht nur Sinn, wenn wir sie auf Änderungen des kritisierten Zustands weiterdenken. Seit mehreren Jahren beschäftigt mich deshalb auch die Frage, auf welchen Wegen wir beitragen können, die mehr als unbefriedigende Situation zu ändern. Ich stelle diese Frage nun in besonderer Weise für uns als Bürger, die zugleich Fachkräfte sind, ob als Wissenschaftler, Ärzte oder Baubiologen.

Es ist auch eine Art Rechenschaftsbericht, wenn ich darauf Antworten gebe, die mir nacheinander besonders wichtig geworden sind, die sich untereinander jedoch ergänzen

1. Möglichkeiten und Grenzerfahrungen von Wissenschaftlern und Ärzten

Mancher erinnert sich vielleicht noch, dass der Gründung der Kompetenzinitiative ein Appell vorangegangen war, der anlässlich der Versteigerung der WiMAX-Technik forderte, die Risiken von Funk-Techniken vor deren Einführung abzuklären. Aus dem Bundesumweltministerium erhielten wir die klassische Antwort, die auch Bürgerproteste gebetsmühlenartig zu hören bekommen: dass ernst zu nehmende Risiken dort nicht bekannt seien und kein Grund bestehe, an den Grenzwerten zu zweifeln. Wir gründeten daraufhin die Kompetenzinitiative zum Schutz von Mensch, Umwelt und Demokratie mit dem Ziel, einem solchen Stand informativer Unberührtheit entgegenzuwirken. Aber wir wollten damit zugleich dem bürgerlichen Widerstand auch eine bessere Grundlage verschaffen. Die Schriftenreihe der Kompetenzinitiative Wirkungen des Mobil- und Kommunikationsfunks (www.broschuerenreihe.net) machte den Stand unabhängiger Erkenntnis gerade auch auf Gebieten zugänglich, die das Deutsche Mobilfunk Forschungsprogramm in bemerkenswerter Weise ausgespart hatte – wohl um sich spätere Entwarnungen nicht zu erschweren. Die Broschüre Bienen, Vögel und Menschen. Die Zerstörung der Natur durch ‚Elektrosmog‘ (2007), die als erstes Heft der Reihe erschienen ist, bezog die Frage der Wirkung elektromagnetischer Felder nicht nur auf die menschliche Gesundheit, sondern den gesamten biophysikalischen Haushalt der Natur. In Heft 2 ging es um Die Gefährdung und Schädigung von Kindern durch Mobilfunk (2008). Heft 3 fragte: Wie empfindlich reagieren die Gene auf Mobilfunkstrahlung? (2008). Auf Heft 4 wird unten noch zurückzukommen sein. Zahlreiche reine Internetpublikationen ergänzten die Broschürenreihe: etwa eine Schrift von Prof. Hecht zu den Grenzwerten und zu seinen Langzeiterkenntnissen, eine Kurzzusammenfassung des monumentalen Reports der BioInitiative, Forschungsberichte zur Schädigung der Tiere und demnächst zu derjenigen der Pflanzen. Weitere Schriften sind in Vorbereitung. Zahlreiche Übersetzungen unserer Broschüren in andere Sprachen sind kostenfrei per Internet zugänglich und dienen der Internationalisierung unserer Arbeit. Dabei arbeiten wir mit zahlreichen in verwandter Richtung engagierten Organisationen zusammen, in Deutschland,

Europa, Amerika. Wir haben an der Position 46 des BUND zum Thema der Funk-Techniken mitgewirkt. Und wir freuen uns des guten Kontakts auch zu Ihnen, den Baubiologen. Wenn ich allerdings eine aktuelle Notiz aus dem Bundesumweltministerium lese, die mich auf Umwegen erreicht hat, muss ich mich fragen, was bei unseren Politikern überhaupt noch ankommt. Ich zitiere eine aktuelle Äußerung des Bundesumweltministeriums vom 6. Sept. 2010 gegenüber einem Bundestagsabgeordneten der CDU, die mir auf Umwegen zugespielt worden ist. Eine Beamtin des Ministeriums verweist auf eine geplante Novellierung und Überarbeitung der 26. BImSch und verspricht, dass bei der Prüfung der Grenzwerte „vorliegende wissenschaftliche Erkenntnisse“ berücksichtigt werden. Aber sie weist auch gleich darauf hin, „dass derzeit keine wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, die die geltenden Grenzwerte aus wissenschaftlicher Sicht in Frage stellen“. Die gesammelten weltweiten Anstrengungen unabhängiger Wissenschaft haben die Ignoranz und Arroganz der betriebenen Grenzwertpolitik also nicht erschüttern können – als ob es die vielen beunruhigenden und in zahlreichen Studien dokumentierten Erkenntnisse internationaler Forschung gar nicht gäbe. Und seit Prof. Lerchl die für die Funk-Techniken zuständige Abteilung leitet, scheint der deutsche Strahlenschutz vollends den Schutz industrieller Interessen und entsprechender Grenzwerte zu seinem Hauptanliegen gemacht zu haben, nicht den Schutz der Bevölkerung - was uns demnächst in einer weiteren Schrift beschäftigen wird.

2. Von wissenschaftlichen zu juristischen Projekten

Zunächst aber haben wir die Grenzwerte zum Gegenstand der vierten Broschüre Warum Grenzwerte schädigen, nicht schützen – aber aufrechterhalten werden gemacht und mit Prof. Kniep erstmals auch einen Juristen an dem achtköpfigen Verfassersteam beteiligt. Alle Beiträge der Schrift zeigen aus sich ergänzenden Perspektiven, warum die Grenzwerte ein einzigartiger politischer und wissenschaftlicher Skandal sind. Um nur einige der wichtigsten Argumente zu nennen:

- Die wesentlich physikalische Definition der Grenzwerte nach Gesichtspunkten der Energieabsorption steht im Widerspruch zu modernen lebenswissenschaftlichen Definitionen des Menschen.
- Die These, dass nur Wärmewirkungen zu schädigen vermögen, ist bei dem Stand der Erkenntnis nicht haltbar.
- Die Dauer der Wirkung, die auch bei anderen Umweltgefahren von größter Bedeutung ist, wird nicht berücksichtigt.

● Anders, als zumeist von den Verantwortlichen behauptet wird, sind gravierende Wirkmechanismen der Schädigung bekannt und nachprüfbar.

Als Jurist macht Prof. Kniep deutlich: Die Grenzwerte, die das Recht auf Vorsorge sichern sollten, sind faktisch zu einem Instrument des Staates geworden, dieses Recht zu unterdrücken. Kniep bezieht sich dabei nicht nur auf Artikel 2,2 GG und 174 des EGVertrags, die dieses Recht auf Vorsorge in bekannter Weise fest-schreiben. Er verweist auch auf den seltener zitierten Artikel 20a GG: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung ...“. Damit werde die „Zukunftsverantwortung aller Staatsorgane“ zu einem „Staatsziel“ gemacht - dem der Staat in seiner Funk-Politik in keiner Weise gerecht werde. Der Jurist empfiehlt die Beschreitung des Klagewegs. Für die Demokratie-Schäden ist dabei entscheidend mit verantwortlich, dass die gerichtliche Akzeptanz der Grenzwerte die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, die für jede funktionierende Demokratie konstitutiv ist, drastisch einschränkt. Faktische Verstöße gegen Geist und Buchstabe der europäischen Menschenrechtskonvention und ihre Verankerung im deutschen Grundgesetz sind die logische Folge, was ich in einem eigenen Beitrag verdeutliche. Über die gesetzlichen Vorsorgeregelungen hinaus sind vor allem auch die folgenden Punkte von Bedeutung:

● Art. 1 GG erklärt: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Analog lautet auch Artikel 1 der Grundrechte-Charta der Europäischen Union. Wie verträgt sich diese Bestimmung mit einer Politik, die Sensible zu Simulanten stempelt und immer mehr Menschen zumutet, kommerziellen Interessen zuliebe in Kellern, Wohnwagen und Schutzanzügen zu leben und immer häufiger Wohnungen und Häuser aufgeben zu müssen?

● Der Schutz gerade auch der Schwächeren und Sensibleren ist ein besonderes Qualitätsmerkmal jeder Demokratie. Im

vorliegenden Fall bescheinigt der Staat einer stetig wachsenden Minderheit elektrosensibler Menschen mit Hilfe seiner ‚Experten‘, dass es sie gar nicht gibt - oder geben darf.

● Auch Politiker berufen sich gern auf den Schutz ihrer Privatsphäre, der der Familie und den eigenen ‚vier Wänden‘ gilt. Wie aber steht es um diesen Schutz, wenn uns eine unerwünschte und nach dem Stand der unabhängigen Forschung schädliche Strahlung rund um die Uhr an jeder Stelle der Wohnung erreichen darf?

● Wir haben ein Nachbarschaftsrecht, das Nachbarn vor wechselseitigen Übergriffen schützen soll. Ist es im Licht seiner Bestimmungen nicht geradezu pervers, wenn jeder sein Dach geschäftstüchtig für Antennen vermieten darf, deren hauptsächliche Strahlenbelastung der Nachbar zu tragen hat?

● Zu den Aufgaben der Demokratie gehört der Schutz des Eigentums (Artikel 14 GG).

Die Wertminderungen aber, die sich aus der

Nähe zu Mobilfunkmasten ergeben, reichen bis zur Unverkäuflichkeit von Immobilien und damit zur faktischen Enteignung. Der österreichische Jurist Dr. jur. Eduard C. Schöpfer, der sich seit langem mit dem Konflikt von Mobilfunk und Menschenrecht auseinandersetzt, stellt in seinem Beitrag Grund und menschenrechtliche Defizite im Bereich des Mobilfunks am Beispiel Österreichs fest: „Die Untätigkeit des Staates auf dem Gebiet des Umwelt- und Gesundheitsschutzes dürfte sich als derzeit größte - bislang offenbar unerkannte - Gefahr für den Rechtsstaat erweisen.“

Bereits im Juli habe ich mich mit einem Kreis überwiegend von Juristen und besonders Betroffenen in Stuttgart getroffen, um Möglichkeiten und Bedingungen des juristischen Vorgehens zu beraten. Wir waren uns dabei einig, dass wir die kommunalrechtliche Seite der Dinge, so wichtig sie ist, im Interesse sinnvoller Arbeitsteilungen schwerpunktmäßig einem Arbeitskreis überlassen, der sich dazu gebildet hat um Dr. Lebrecht von Klitzing und Dr. Wolf Herkner - bei wechselseitiger Information. Wir suchen nach

„Und seit Prof. Lerchl die für die Funk-Techniken zuständige Abteilung leitet, scheint der deutsche Strahlenschutz vollends den Schutz industrieller Interessen und entsprechender Grenzwerte zu seinem Hauptanliegen gemacht zu haben, nicht den Schutz der Bevölkerung.“

Wegen, die nicht gegebene Spielräume nutzen, sondern die Grundlagen der betriebenen Funk-Politik in grundsätzlicher Weise in Frage stellen. Unser besonderes Interesse gilt dabei dem Modell einer bereits gut vorbereiteten und neuartig begründeten Sammelklage vor dem Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg. Aber auch zwei Wege eines strafrechtlichen Vorgehens sind im Gespräch. Schließlich der von Prof. Kniep vorgeschlagene Modus einer Feststellungsklage, der die Grenzwerte und die Wege ihrer Festlegung ins Visier nimmt.

3. Für demokratischen Widerstand

Als ich vor Jahren in Olten auf einem Kongress der Schweizer Organisation Giga-herz einen Vortrag zum Thema Von der Demokratie der Bürger zur Diktatur der Industrie gehalten hatte, hat mich ein Zuhörer in der anschließenden Diskussion gefragt: Herr Richter, haben wir nicht schon viel zu lange der Entwicklung zugeesehen? Wäre es nicht längst an der Zeit, eine Bürgerarmee aufzustellen, die mit mindestens 5000 Personen durch das

Land zieht und einen Mast nach dem anderen umlegt? Ich habe ihm gesagt, dass ich es verstehen kann, wenn ein geschundener Mensch zu solchen Visionen gelangt. Aber ich habe ihm auch gesagt, dass es aus meiner Sicht ein falscher Weg wäre. In einer vor Jahren verfassten Charta kritischer Bürger habe ich mich ausdrücklich auf demokratischen, d. h. gewaltfreien Widerstand verpflichtet.

Doch ich bin heute mehr denn je überzeugt, dass wir ohne diesen Widerstand nicht weiterkommen werden und hoffen müssen, dass wir noch weit mehr Bürger überzeugen können, dass solcher Widerstand der Gesundheit, Umwelt und Demokratie zuliebe erforderlich ist. Die Arroganz und Selbstgewissheit der Macht, die wir gegenwärtig auf vielen Gebieten erleben, leistet uns dabei Schützenhilfe. Kritikfähigkeit, Solidarität und Mut sind die drei bürgerlichen Elementartugenden, die wir für die Organisation des demokratischen Widerstands brauchen – die Stuttgarter leben sie uns gerade vor. Wer sie nutzt, wird reich belohnt: Er erfährt sich wieder als Subjekt der Demokratie – wie

es die Idee der Demokratie will!

Dem Buch Kommerz, Gesundheit und demokratische Kultur hatte ich das Motto beigegeben: „Plädoyer für eine lebendige Demokratie: Bürger denken vor, Regierungen wieder nach!“

Ich halte dieses Motto heute für aktueller denn je. Auch ein anderes Motto, das wir dem Gründungsprogramm der Kompetenzinitiative vorangestellt haben. Es geht von einem Satz des Schweizer Dichters Friedrich Dürrenmatt aus, der in den 21 Punkten zu seinem Drama Die Physiker feststellt: „Was alle angeht, können nur alle lösen.“ Wir haben seine Aussage fortgesetzt und aktualisiert: „Er hat recht: Der Versuch von Staat und Industrie, mit vereinter Macht durchzusetzen, was alle angeht und betrifft, zählt zu den größten Bedrohungen von Gegenwart und Zukunft!“

Der Preis des Mobilfunks

Die Anzahl elektrohypersensiblen Menschen steigt kontinuierlich. Ist das der Preis für mehr sogenannte Mobilität? Die Kosten überall zu telefonieren, ins zu Netz gehen, kabellos zu arbeiten ist deutlich höher als die vermeintlich günstige Flatrate. Denken Sie darüber nach, ob Sie Ihre Zukunft unter einem Schleier (er) leben wollen.



Bild: next-up-organisation